



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1967

Montag, den 20. März 1967

Nr. 12

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr	
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	353	Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasleitung von Meerholz, Landkreis Gelnhausen, nach Dettingen, Landkreis Alzenau	357
Der Hessische Minister des Innern		Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Fahrpreisbeihilfe für minderbemittelte Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge und Zuwanderer aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet	353	Gebührenordnung für die staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera; hier: inaktivierte Masernimpfstoffe	357
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Lollar im Landkreis Gießen	353	Ausübung des ärztlichen Berufes	357
Der Hessische Minister der Finanzen		Förderung der Altererholungshilfe; hier: Gewährung von Landeszuschüssen im Rechnungsjahr 1967	359
Steuerliche Behandlung der Arbeitgeberbeiträge und Umlagen zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung im öffentlichen Dienst	354	Personalnachrichten	
Anwendung des Mutterschutzgesetzes unter Berücksichtigung a) des Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 24. 8. 1965		Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei	359
b) des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz) vom 20. 12. 1965 und		Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	359
c) des Artikels 6 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. 12. 1966	354	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	360
Der Hessische Kultusminister		Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	365
Prüfungsordnungen für Diplomvolkswirte, Diplomkaufleute und Diplomhandelslehrer vom 10. 8. 1961 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main	355	Regierungspräsidenten	
Aufnahme von Fachschulabsolventen als Studenten für das höhere Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen gewerblicher Richtung an der Technischen Hochschule Darmstadt	355	DARMSTADT	
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken	355	Verlängerung der Jagdzeit für Fasanenhähne	365
		Bekanntmachung über die Aufhebung der „Marie-von-Oriola-Stiftung“ zu Büdesheim, Kreis Friedberg	365
		Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises	365
		Buchbesprechungen	365
		Öffentlicher Anzeiger	
		Zweckverband „Wasserversorgung Dieberggruppe“; hier: Änderung der Zweckverbandssatzung	374

276

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode und für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines zweiten Menschen am 30. Juni 1966 spreche ich Herrn Gerhard Siegel, Student, Mörfelden, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 19. 12. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14c

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 30. Juni 1966 spreche ich Herrn Wolfgang Siegel, Kaufmännischer Angestellter, Mörfelden, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 19. 12. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14c

St.Anz. 12/1967 S. 353

277

Der Hessische Minister des Innern

Fahrpreisbeihilfe für minderbemittelte Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge und Zuwanderer aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet

Bezug: Meine Erlasse vom 27. Juli 1962 (StAnz. S. 1098 ff.) und 25. März 1964 (StAnz. S. 481)

Die nach meinen Erlassen vom 27. Juli 1962 und 25. März 1964 für minderbemittelte Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge und Zuwanderer aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet vorgesehene Fahrpreisbeihilfe wird auch im Rechnungsjahr 1967 gewährt. Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 bei Kap. 03 44 — 301, veranschlagt. Sie werden durch besonderen Erlaß zugewiesen.

Wiesbaden, 30. 12. 1966

Der Hessische Minister des Innern
Az.: VI A 5 58b 02/01 — 33
St.Anz. 12/1967 S. 353

278

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Lollar im Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Lollar im Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Schild geteilt. Unten über rotem, mit einem silbernen 1-Kreuzer-Stück belegten Schild fußoval eine goldene Brücke. Oben in Blau ein silberner, rotbezungter Pferdekopf, rechtsgewendet.“

Wiesbaden, 3. 3. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 25/67
St.Anz. 12/1967 S. 353

279

Der Hessische Minister der Finanzen

An die
Oberfinanzdirektion Frankfurt (Main),
Besitz- und Verkehrssteuerabteilung
Frankfurt (Main)

**Steuerliche Behandlung der Arbeitgeberbeiträge und Umlagen
zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung im
öffentlichen Dienst**

Bezug: Mein Erlaß vom 27. April 1960 — S 2176 — 7 —
II/24 (StAnz. S. 585)

Der Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966 (StAnz. 1967 S. 82), der Tarifvertrag über die Versorgung der Waldarbeiter (Versorgungs-TV — W) vom 4. November 1966 (StAnz. 1967 S. 227), der Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Weinbaubetrieben der Länder (Versorgungs-TV — L) vom 4. November 1966 (StAnz. 1967 S. 192) und der vor dem Abschluß stehende Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (der für die nicht an der VBL beteiligten kommunalen Verwaltungen und Betriebe gelten wird) sehen eine Übernahme der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber auf dessen Beitragsanteil zur Zusatzversorgung nicht mehr vor. Die auf diesen Beitragsanteil entfallende Lohnsteuer hat daher der Arbeitnehmer zu tragen.

Nach § 11 Versorgungs-TV, § 9 Versorgungs-TV — W, § 9 Versorgungs-TV — L und der entsprechenden Vorschrift des vor dem Abschluß stehenden Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe trägt der Arbeitgeber jedoch die auf die Umlage (§ 76 der Satzung der VBL — StAnz. 1966 S. 1660 — oder die entsprechenden Vorschriften der Satzungen der kommunalen Zusatzversorgungskassen) entfallende Lohnsteuer. Die steuerpflichtige Umlage ist nicht um den Verwaltungskostenbeitrag zu kürzen.

Im Hinblick auf die Schwierigkeit der Steuerberechnung bin ich damit einverstanden, daß die Lohnsteuer, die auf die Umlage entfällt, nach § 35b Abs. 1 Ziff. 1 Buchst. a LStDV pauschal berechnet wird.

Der Pauschsteuersatz beträgt 8 v. H. des den Freibetrag nach § 2 Abs. 3 Ziff. 2 Satz 3 LStDV übersteigenden Teils der Umlage. Die pauschale Lohnkirchensteuer beträgt 8 v. H. der so errechneten Lohnsteuer. Die Steuerbeträge sind vom Arbeitgeber zu übernehmen. Der Freibetrag darf nur insoweit abgezogen werden, als er nicht bereits bei anderen Aufwendungen des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers berücksichtigt worden ist.

Ich bin damit einverstanden, daß die Pauschbesteuerung ohne Rücksicht auf die Zahl der an der Zusatzversorgung teilhabenden Arbeitnehmer auch auf die Umlagen der Verwaltungen und Betriebe der Gemeinden angewandt wird.

Diese Leistungen des Arbeitgebers und die darauf entfallenden pauschalen Steuerabzugsbeträge bleiben beim Lohnsteuerjahresausgleich und bei der Veranlagung zur Einkommensteuer außer Betracht.

Die Stellung eines besonderen Antrages auf Zulassung der Pauschalierung ist nicht erforderlich.

Dieser Erlaß gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1967 an. Gleichzeitig hebe ich meinen Bezugserlaß auf.

Wiesbaden, 23. 2. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
S 2333 A — 4 — II A 23
StAnz. 12/1967 S. 354

280

Anwendung des Mutterschutzgesetzes unter Berücksichtigung

- des Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 24. August 1965 (BGBl. I S. 912),
- des Gesetzes zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz) vom 20. Dezember 1965 (BGBl. I Seite 2065) und
- des Artikels 6 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige

Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz) vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 697).

Bezug: Mein Erlaß vom 25. Februar 1966 — P 2000 A —
93 — I B 32 (StAnz. S. 386)

I.

Mit dem Bezugserlaß habe ich auf die sich aus den vorstehend unter a) und b) genannten Gesetzen ergebende und zunächst nur für das Kalenderjahr 1966 maßgebende Fassung des Mutterschutzgesetzes hingewiesen. Inzwischen ist durch Artikel 6 des Finanzplanungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 das Außerkrafttreten dieser Fassung bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, längstens jedoch bis zum 1. Januar 1969, hinausgeschoben worden.

Daraus folgt, daß bis auf weiteres — längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1968 — das Mutterschutzgesetz vom 24. Januar 1952 (BGBl. I S. 69) unter Berücksichtigung der sich aus den vorstehend unter a) und b) genannten Gesetzen ergebenden Änderungen maßgebend ist.

II.

Zur Anpassung an diese Rechtslage wird der Bezugserlaß mit Wirkung vom 1. Januar 1967 wie folgt geändert:

- Der Betreff erhält die sich aus dem Betreff dieses Erlasses ergebende Fassung.
- Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„Das Inkrafttreten wesentlicher Änderungen des Mutterschutzgesetzes vom 24. Januar 1952 (BGBl. I S. 69), die durch das vorstehend unter a) bezeichnete Gesetz vorgenommen worden sind, ist im Hinblick auf die Haushaltslage des Bundes durch Artikel 5 des Haushaltssicherungsgesetzes in der Fassung des Artikels 6 des Finanzplanungsgesetzes bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, spätestens jedoch auf den 1. Januar 1969, verschoben worden.“
- Absatz 3 erhält folgende Fassung:
„Die §§ 6 und 13 MuSchG a. F. erhalten durch die Änderungen gemäß Artikel 5 Haushaltssicherungsgesetz i. d. F. des Artikels 6 Finanzplanungsgesetz Fassungen, die bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1968, gelten. Für die gleiche Zeitdauer wird in das Gesetz § 13a über die Freizeit für Untersuchungen eingefügt.“
- Im Absatz 4 letzter Satz sind die Worte „für das Kalenderjahr 1966“ zu streichen und durch die Worte „zur Zeit“ zu ersetzen.
- Nr. 4 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„Die Fassung des Absatzes 1 beruht auf Artikel 5 Nr. 1 Buchst. a Haushaltssicherungsgesetz. Sie tritt nach Artikel 6 Nr. 2 Finanzplanungsgesetz mit dem Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, spätestens jedoch mit Ablauf des Kalenderjahres 1968, außer Kraft.“
- Nr. 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1968, sind nach Artikel 5 Nr. 1 Buchstaben b und c und Nr. 4 Haushaltssicherungsgesetz die früheren Vorschriften der §§ 12 und 13 MuSchG über die Weiterzahlung des Arbeitsentgelts bzw. über das Wochen- und Stillgeld in der sich aus dem Haushaltssicherungsgesetz ergebenden Fassung anzuwenden.“
- Nr. 11 erhält folgende Fassung:
„Die Vorschrift ist durch Artikel 5 Nr. 1 Buchst. d und Nr. 4 Haushaltssicherungsgesetz i. d. F. des Artikels 6 Finanzplanungsgesetz für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1968, eingefügt worden und schreibt vor, daß den Arbeitnehmern die für Untersuchungen gemäß § 195c RVO erforderliche Freizeit zu gewähren ist.“

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.
Wiesbaden, 2. 3. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2001 A — 15 — I B 32
StAnz. 12/1967 S. 354

Der Hessische Kultusminister

Prüfungsordnungen für Diplomvolkswirte, Diplomkaufleute und Diplomhandelslehrer vom 10. August 1961 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (Main)

Auf Grund des § 17 Abs. 3 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 16. 5. 1966 genehmige ich die Änderung der Prüfungsordnungen für Diplomvolkswirte, Diplomkaufleute und Diplomhandelslehrer vom 10. 8. 1961 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (Main) wie folgt:

1. Prüfungsordnung für Diplomkaufleute vom 10. 8. 1961: § 9 Abs. 2 Ziffer 2 erhält folgende Fassung:

„Eine spezielle Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken, des Warenhandels, der Industrie, der Wirtschaftsprüfung, des Verkehrs, der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre u. der Unternehmensforschung).“

§ 9 Abs. 4 Gruppe II erhält folgende Fassung:

- „1. Verkehrswissenschaft,
- 2. Sozialpolitik,
- 3. eine Fremdsprache (Wirtschaftssprache),
- 4. Agrarwesen,
- 5. Arbeitsrecht.“

2. Prüfungsordnung für Diplomvolkswirte vom 10. 8. 1961: § 9 Abs. 3 Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

„Eine spezielle Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken, des Warenhandels, der Industrie, der Wirtschaftsprüfung, des Verkehrs, der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre u. der Unternehmensforschung).“

In § 9 Abs. 3 ist die Ziffer 10 zu streichen. Das bisher unter Nr. 11 genannte Fach wird künftig als 10., das unter Nr. 12 als 11. Fach geführt.

3. Prüfungsordnung für Diplomhandelslehrer vom 10. 8. 1961: § 9 Abs. 3 Gruppe I Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

„Eine spezielle Betriebswirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre der Banken, des Warenhandels, der Industrie, der Wirtschaftsprüfung, des Verkehrs, der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre u. der Unternehmensforschung).“

Ich bitte, die Änderungen in die Prüfungsordnungen bei neuer Drucklegung aufzunehmen.

Die Änderungen werden in meinem Amtsblatt und im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht.

Wiesbaden, 2. 2. 1967

Der Hessische Kultusminister
H II 2 — 424/565 — 96
Im Auftrag:
gez. Dr. von Bila
StAnz. 12/1967 S. 355

Aufnahme von Fachschulabsolventen als Studenten für das höhere Lehramt an Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen gewerblicher Richtung an der Technischen Hochschule Darmstadt

Bezug: Mein Erlaß vom 15. 11. 1966 — Amtsbl. S. 1034 —, StAnz. S. 1571

Mein Erlaß vom 15. 11. 1966 in der oben näher bezeichneten Angelegenheit wird wie folgt berichtigt:

1 Im Betreff wird das Wort „Fachschulabsolventen“ durch „Absolventen der Ingenieurschulen“ ersetzt.

2 Im vorletzten Absatz muß es richtig lautend heißen: § 94. Wiesbaden, 27. 2. 1967

Der Hessische Kultusminister
H II 1 — 430/0 — 559
StAnz. 12/1967 S. 355

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken

Im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes Hessen und der Landespersonalkommission wird die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken vom 11. 3. 1964 (StAnz. S. 408 und Amtsbl. des Hessischen Kultus-

ministers S. 194) mit Wirkung vom 1. April 1967 wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht und der Überschrift des § 4 wird das Wort „Vereidigung“ gestrichen.
2. In § 4 Abs. 1 werden die Worte „... zum 1. April ...“ durch die Worte „... zum 1. Oktober ...“ ersetzt.
3. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Der Vorbereitungsdienst dauert drei Jahre. Er gliedert sich in eine zweijährige vorwiegend praktische und in die einjährige theoretische Ausbildung. Einen in anderen Ländern abgeleisteten Vorbereitungsdienst kann die oberste Dienstbehörde anrechnen.“
4. § 6 Abs. 1 werden die folgenden Sätze angefügt:
„In Verbindung mit der praktischen Arbeit nehmen die Anwärter vorwiegend im zweiten Ausbildungsjahr regelmäßig einmal wöchentlich an einem von der Ausbildungsbibliothek abzuhaltenden Einführungsunterricht in Bibliographie, Bibliotheksverwaltungslehre und alphabetischer Katalogisierung teil. Diese Unterweisung dient als Vorbereitung für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der Bibliotheksschule.“
5. In der Anlage 1 — Ausbildungsbibliotheken in Hessen — wird die Staatsbibliothek der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (früher Westdeutsche Bibliothek), Marburg, gestrichen.
6. Die Anlage 2 erhält folgende Fassung:

„Anlage 2 (zu § 6 Abs. 1)

Plan für die praktische Ausbildung der Bibliotheksinspektoranwärter

Ausbildungsdauer in Monaten	Dienststelle	Arbeitsgebiet
während d. ganzen Ausbildung mindestens 2 Std. täglich	Signierdienst	a) signieren der Bestellungen in der Ortsausleihe bzw. im Leihverkehr, b) Einführung in den Gebrauch der wichtigsten Bibliographien und Nachschlagewerke.
5	Erwerbungsabteilung	a) Einführung in die Buch- und Zeitschriften-Akzession, b) Erwerbung durch Tausch, c) Erwerbung durch Geschenk, d) Sondersammelgebiete der Deutschen Forschungsgemeinschaft, e) Erwerbung durch Pflichtabgabe, f) Einbandstelle, Buchbinderei.
9	Katalogabteilung	Titelaufnahme und Unterweisung in den Grundregeln der alphabetischen Katalogisierung, Einführung in die systematische Katalogisierung.
4	Benutzungsabteilung	a) Ortsausleihe, b) Fernleihe, c) Lesesaal, d) Auskunftsstelle.
1	Lehrbuchsammlung	Einführung in die Lehrbuchsammlung mit ihren durch die spezielle Aufgabenstellung unterschiedlichen Arbeitsvorgängen gegenüber der allgemeinen Bibliotheksverwaltung.
2	Spezialabteilungen oder Institutsbibliotheken	Informatorische Einführung in die Arbeit einer Musikabteilung, einer landeskundlichen Sammlung oder ähnlicher Sonderabteilungen oder der Institutsbibliothek einer wissenschaftlichen Hochschule.
1/2	Volksbüchereien	Einblick in die Arbeiten und Aufgaben einer öffentlichen Bücherei.
1/2	Institute für Dokumentation	Praktische Einführung in die Dokumentation.

Dazu kommt jährlich der gesetzlich zustehende Urlaub.“

7. Die Anlage 3 erhält folgende Fassung:

„Anlage 3 (zu § 6 Abs. 2)

Lehrplan für die Bibliotheksschule

I. Bibliographie und Wissenschaftskunde

A. Allgemeine Bibliographien

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Bibliographien der Bibliographien, internationale Allgemein- und Auswahl-Bibliographien, Bibliothekskataloge etc.; Barsortimentskataloge, Übersetzungsbibliographien u. Verzeichnisse unerwünschter und verbotener Literatur; Nationalbibliographien | 30 Std. |
| 2. Zeitschriftenbibliographien, Hochschul- und Schulschriftenverzeichnisse, Verzeichnisse der Gesellschaften, Verzeichnisse amtlicher Drucksachen | 12 Std. |
| 3. Allgemeinzyklopädien, Biographien, Bibliographien der verkleideten Literatur und unvollendeter Werke; allgemeine Literaturzeitschriften | 10 Std. |
| 4. UNESCO und Bibliographie; Schriftenverzeichnisse zur Dokumentation; Buch- und Bibliothekswesen einschließlich Inkunabelbibliographien | 12 Std. = 64 Std. |
| B. Wissenschaftskunde und Fachbibliographien | |
| a) Allgemeine Einführung in die Wissenschaftskunde und Organisation der Wissenschaften | 15 Std. |
| b) Geisteswissenschaften | |
| 1. Religionswissenschaft und Theologie | 10 Std. |
| 2. Philosophie | 16 Std. |
| 3. Psychologie und Pädagogik | 4 Std. |
| 4. Philologie, Methode und Geschichte der Sprach- und Literaturwissenschaften; Germanistik (einschl. Nordistik), Romanistik und Volkskunde | 20 Std. |
| 5. Klassische Altertumswissenschaft | 8 Std. |
| 6. Anglistik | 4 Std. |
| 7. Slawistik (einschl. Einführung in die russische Schrift und Transkription) | 25 Std. |
| 8. Orientalistik, vergleichende Religionswissenschaften, Ethnographie | 12 Std. |
| 9. Geschichte, Politik | 20 Std. |
| 10. Archäologie und Kunstwissenschaft | 8 Std. |
| 11. Musik und Theater | 10 Std. |
| c) Naturwissenschaften, Technik und Medizin | |
| 1. Naturwissenschaften, allgemeine Mathematik, exakte Naturwissenschaften, Erdwissenschaften, Technik | 25 Std. |
| 2. Biologie | 5 Std. |
| 3. Medizin | 10 Std. |
| d) Rechts-, Staats-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Soziologie etc. | 16 Std. |
| e) Bibliographische Übungen aus der Praxis einer Auskunftsstelle | 18 Std. = 226 Std. |

II. Historische Fächer

- | | |
|---|---------|
| a) Bibliotheksgeschichte (Altertum, Mittelalter, Neuzeit, unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Zeit) einschl. der Geschichte des Buches im Altertum und Mittelalter | 50 Std. |
| b) Geschichte der Schrift | 20 Std. |
| c) Geschichte des Buchdrucks von Gutenberg bis zur Neuzeit | 30 Std. |

- | | |
|--|--------------------|
| d) Buchmalerei und Buchillustration (Mittelalter) | 12 Std. |
| e) Buchillustration des 16.—19. Jhdt. Moderne Buchkunst (seit William Morris) | 20 Std. |
| f) Geschichte des Buchhandels | 20 Std. |
| g) Einbandkunde, Geschichte des historischen Bucheinbandes mit Berücksichtigung einer modernen Buchbindeerei | 15 Std. = 167 Std. |

III. Bibliotheksverwaltungslehre

- | | |
|--|-------------------|
| a) Allgemeine Bibliotheksverwaltung, Katalogkunde, Bibliotheksbau | 50 Std. |
| b) Theorie des alphabetischen Katalogs in vergleichender Sicht | 15 Std. |
| c) Moderne Sachkatalogsysteme, Einführung in den Sachkatalog der StUB Frankfurt mit Übungen in kleinen Gruppen | 20 Std. |
| d) Preußische Instruktionen: Einführung und Übungen | 130 Std. |
| e) Einführung in das Volksbüchereiwesen mit Führungen durch die Frankfurter Volksbüchereien | 10 Std. |
| f) Einführung in das Abfassen von Geschäftsbriefen; allgemeine Verwaltungsfragen | 10 Std. |
| g) Einführung in die Dokumentation einschl. technischer Probleme (Lochkarten etc.) | 15 Std. |
| h) Einführung in die Verwaltung von Parlaments- und Behördenbibliotheken, Bibliotheksrecht | 8 Std. = 258 Std. |

IV. Verwaltungsseminar

- | | |
|--|------------------|
| a) Rechts-, Staats- und Verwaltungskunde, Grundzüge des kommunalen Verfassungsrechts | 24 Std. |
| b) Politische Geschichte | 16 Std. |
| c) Recht des öffentlichen Dienstes | 16 Std. |
| d) Wirtschaftskunde | 4 Std. = 60 Std. |
| insgesamt | 775 Std. |

Abweichungen von der Stundenzahl sind statthaft, wenn sich diese als notwendig erweisen.

V. Führungen

- | | |
|--|--|
| a) Führungen durch Frankfurter Bibliotheken, Stadt- und Universitätsbibliothek, Senckenbergische Bibliothek, Medizinische Hauptbibliothek, Hessischer Zentralkatalog, Deutsche Bibliothek, | |
| b) Stadtarchiv, | |
| c) Stiftung Buchkunst, | |
| d) Gutenberg-Museum, Mainz, | |
| e) Klingspor-Museum (s. II e), | |
| f) Gmelin-Institut Frankfurt (Main), Institut für Dokumentationswesen, Zentralstelle für maschinelle Dokumentation (s. III g), | |
| b) Buchbinderei, Schriftgießerei, Buchdruckerei.“ | |
| 8. In der Anlage 5 (Zeugnis) heißt es am Ende des Textes:
„Leistungen während des Vorbereitungsdienstes:
1. während der praktischen Ausbildung . . .
2. während der theoretischen Ausbildung . . .
Herr/Frau/Fräulein
hat die Prüfung bestanden.“ | |

Wiesbaden, 17. 2. 1967

Der Hessische Kultusminister
H II 4 — 451/42 — 250 —
In Vertretung:
gez. Dr. Müller
StAnz. 12/1967 S. 355

284

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Bau und Betrieb einer Hochdruckgasleitung von Meerholz, Landkreis Gelnhausen, nach Dettingen, Landkreis Alzenau

Anordnung
zur Änderung der Anordnung vom 30. März 1966
(StAnz. S. 559)

Gemäß § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird die zugunsten der Main-Gaswerke, Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), ergan-

gene Anordnung zur Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung vom 30. März 1966 — II c 1 — 215 G — 165 — dahin geändert, daß die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 31. März 1968 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 28. 2. 1967

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
II c 1 — 215 — G — 165
In Vertretung:
gez. Dr. L u t z

StAnz. 12/1967 S. 357

285

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Gebührenordnung für die staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera

hier: inaktivierte Masernimpfstoffe

Ziffer 10 der Anlage zur „Gebührenordnung für die staatliche Prüfung von Impfstoffen und Heilsera“ (RdErl. des RmDl vom 18. Juli 1939 — IV g 2513/39 — 5540 u. III a 8214/39 — 1580 — RMBliV. S. 1549) wird wie folgt ergänzt:

Die Gebühr für die staatliche Prüfung von inaktivierten Masernimpfstoffen nach Abschnitt VI (§§ 30 bis 34) der „Vorläufigen Vorschriften für die staatliche Prüfung von inaktivierten Masernimpfstoffen“ vom 26. Januar 1966 (StAnz. Seite 261) wird auf

22 500,— DM (in Worten: zweiundzwanzigtausendfünfhundert)

festgesetzt. Diese Gebühr ist für die Prüfung jeder in einem Herstellungsgang erzeugten Menge (Charge) mit Ausstellung der Bescheinigung nach Muster B (Tag der Zulassung zum Verkehr oder Zurückweisung) zu erheben.

Die Gebühr für die Prüfung der Masernkomponente in Mischimpfstoffen (Prüfung auf antigene Wirksamkeit nach § 34 der Prüfungsvorschriften) wird auf

4 000,— DM (in Worten: viertausend)

festgesetzt.

Erfolgt die Freigabe des zur Prüfung gestellten Impfstoffs zum Verkehr gemäß § 35 Abs. 2 der Prüfungsvorschriften unter teilweisem oder ganzem Verzicht auf die in Abschnitt VI vorgeschriebenen Prüfungen, ermäßigt sich die Gebühr entsprechend dem geringeren Kostenaufwand. Die Gebührenfestsetzung erfolgt im Einzelfall durch mich auf Vorschlag des Prüfungsinstituts. In Ansatz zu bringen sind die jeweils entstandenen tatsächlichen Kosten.

Diese Gebührenfestsetzung erfolgt im Einvernehmen mit dem Hessischen Kultusminister.

Wiesbaden, 30. 12. 1966

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt
und Gesundheitswesen

III A 10 — 18m 04 07 Erl. Nr. 405/67 —

StAnz. 12/1967 S. 357

286

An alle
hessischen Krankenanstalten
und Verwaltungen der Universitätskliniken

Ausübung des ärztlichen Berufes

Nachdem ich wiederholt festgestellt habe, daß der ärztliche Beruf von Personen — insbesondere Ausländern — ausgeübt wird, die weder eine Bestallung als Arzt noch eine Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen besitzen, sehe ich mich veranlaßt, auf folgendes hinzuweisen:

Die Ausübung des ärztlichen Berufes ist in einem Bundesgesetz, der Bundesärzteordnung (BÄO) vom 2. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1857) geregelt. Nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes darf den Beruf eines Arztes grundsätzlich nur ausüben, wer die

Bestallung als Arzt besitzt. Die vorübergehende Ausübung des ärztlichen Berufes ist nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes auch auf Grund einer Erlaubnis zulässig.

Wer den ärztlichen Beruf ausübt, ohne im Besitz der Bestallung als Arzt oder einer Erlaubnis zu sein, verstößt gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Ein solcher Verstoß stellt nach § 13 BÄO eine strafbare Handlung dar und ist entsprechend zu ahnden. Das gleiche gilt für denjenigen, der die Heilkunde ausübt, obwohl das Ruhen der Bestallung (§ 6 Absatz 1 BÄO) angeordnet ist.

Um Schwierigkeiten für alle Beteiligten zu vermeiden, bitte ich künftighin die nachfolgenden Grundsätze zu beachten und danach zu verfahren. Ich verkenne dabei nicht die oft schwierige Lage der Krankenanstalten bei der Besetzung freier Arztstellen. Letztlich aber sind die bestehenden Rechtsvorschriften einzuhalten und der Kranke davor zu schützen, daß er von Personen behandelt wird, die nicht zur Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt sind.

1. Bestallung als Arzt:

Die Bestallung als Arzt berechtigt zur uneingeschränkten Ausübung des ärztlichen Berufes. Als Arzt im Sinne der Bundesärzteordnung ist bestellt, wer die von der zuständigen Behörde eines Landes der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des § 3 Abs. 1 des Gesetzes in Verbindung mit Muster 10 der Bestallungsordnung für Ärzte vom 15. September 1953 (BGBl. I S. 134) oder des § 3 Abs. 2 und 3 des Gesetzes ausgefertigte Bestallungsurkunde besitzt. Eine „Approbation“ oder „Bestallung als Arzt“, die nach früheren Rechtsvorschriften ausgestellt worden ist, gilt nach § 14 Abs. 1 BÄO als Bestallung, wenn sie beim Inkrafttreten des Gesetzes in seinem Geltungsbereich zur Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt hat.

Jede „Approbation“ oder „Bestallung als Arzt“, die nicht auf Grund der vorgenannten Rechtsvorschriften erteilt worden ist bzw. als Bestallung im Sinne des § 14 Abs. 1 BÄO gilt, berechtigt nicht zur Ausübung des ärztlichen Berufes im Bundesgebiet. In Zweifelsfällen ist meine Entscheidung einzuholen.

In diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich auf § 3 Abs. 2 BÄO hin. Danach ist Personen mit einer in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands oder im Sowjetsektor von Berlin erworbenen Ausbildung für die Ausübung des ärztlichen Berufes eine Bestallung als Arzt nach Maßgabe dieser Vorschrift zu erteilen. Die nach dem in der SBZ geltenden Recht erteilte „Approbation als Arzt“ berechtigt folglich hier nicht zur Ausübung des ärztlichen Berufes.

Zu dem Personenkreis, der nicht zur Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt ist, gehört auch der Medizinalassistent. Der Medizinalassistent befindet sich noch in der Ausbildung zum Arzt. Er hat nach bestandener ärztlicher Prüfung zunächst eine zweijährige Vorbereitungszeit nach Maßgabe der Bestimmungen des § 63 und folgende der Bestallungsordnung für Ärzte abzuleisten. Nach § 65 Abs. 1 BestOrd. hat er „die ihm zugewiesenen ärztlichen Einrichtungen unter Anleitung, Aufsicht und Verantwortung eines hauptamtlich tätigen Arztes durchzuführen“. Er darf ein seinen Leistungen und seinem Ausbildungsstand entsprechendes Maß an Selbständigkeit erhalten. Der Medizinalassistent darf aber nicht mit

einer selbstverantwortlichen Tätigkeit, z. B. den Funktionen eines Stationsarztes, betraut werden, wie dies teilweise geschehen ist. Der Medizinalassistent ist nicht dem früheren Pflichtassistenten, der bereits bestallter Arzt war, gleichzustellen.

Als Medizinalassistent darf sich nur betätigen, wer eine von der zuständigen Behörde des Landes der Bundesrepublik Deutschland, in dem er die ärztliche Prüfung abgelegt hat, ausgestellte Urkunde nach Muster 8 der Bestallungsordnung für Ärzte besitzt. Dabei ist es unerheblich, ob der Medizinalassistent Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist und einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Bestallung als Arzt hat oder nicht. Ausländische Staatsangehörige, die eine Urkunde nach Muster 8 BestOrd. besitzen, bedürfen daher keiner zusätzlichen Erlaubnis, um sich als Medizinalassistent betätigen zu dürfen. Auch sie haben die ärztliche Ausbildung erst abgeschlossen und können die Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes erst dann erwerben, wenn sie die Vorbereitungszeit als Medizinalassistent ordnungsgemäß abgeleistet haben.

Unter Bezugnahme auf die Anordnung über die Zuständigkeiten nach der Bestallungsordnung für Ärzte vom 20. November 1965 (GVBl. I S. 308) bitte ich, die Medizinalassistenten, die die ärztliche Prüfung an einer hessischen Universität abgelegt haben, anzuhalten, den Antrag auf Erteilung der Bestallung als Arzt an den für die Universität zuständigen Regierungspräsidenten zu richten.

2. Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes

Wer den ärztlichen Beruf vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland ausüben will und nicht als Arzt bestallt ist, bedarf gemäß § 2 Abs. 2 der Bundesärzteordnung einer Erlaubnis nach Maßgabe des § 10 des Gesetzes. Die Erlaubnis kann Personen erteilt werden, die eine abgeschlossene Ausbildung für den ärztlichen Beruf nachweisen. Die Erlaubnis wird nur widerruflich und befristet erteilt; sie kann auf bestimmte Tätigkeiten beschränkt werden.

Als abgeschlossene Ausbildung im Sinne dieser Vorschrift ist eine Ausbildung dann anzusehen, wenn der Bewerber eine der deutschen vergleichbare Ausbildung nachweist. Wurde die Ausbildung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen, so muß der Bewerber nachweisen, daß er nach beendetem Studium eine mindestens zweijährige, der Vorbereitungszeit als Medizinalassistent vergleichbare praktische Tätigkeit ausgeübt hat. Wenn dies nicht nachgewiesen wird, kann er hier nur eine Erlaubnis mit den Befugnissen eines Medizinalassistenten erhalten.

Nach dem von der Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder am 24. Juni 1966 gefaßten Beschluß soll die Erlaubnis grundsätzlich nur für die Dauer von zwei Jahren erteilt werden. Sie kann, wenn berechtigte Interessen bestehen, bis auf einen Gesamtzeitraum von fünf Jahren verlängert werden. In besonderen Einzelfällen soll einer weiteren Verlängerung der Erlaubnis nur ausnahmsweise zugestimmt werden. In der Regel wird die Erlaubnis auf die Tätigkeit an einer bestimmten Anstalt beschränkt.

Einem Bewerber mit den fachlichen Voraussetzungen kann eine Erlaubnis nur dann erteilt werden, wenn er die Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der ausländerpolizeilichen Bestimmungen besitzt oder wenn ihm die Aufenthaltserlaubnis von der zuständigen Ausländerpolizeibehörde zugesichert worden ist. Ferner muß der Bewerber nachweisen, daß er die deutsche Sprache in Wort und Schrift ausreichend beherrscht. Außerdem muß der Bewerber die für den Arztberuf erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit besitzen.

Für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 der Bundesärzteordnung kommen zwei Personengruppen in Frage, nämlich

- a) Bewerber, die die ärztliche Prüfung an einer Universität der Bundesrepublik Deutschland abgelegt und die ärztliche Ausbildung nach Maßgabe der hier geltenden Bestimmungen abgeschlossen haben;
- b) Bewerber, die eine abgeschlossene Ausbildung für den ärztlichen Beruf außerhalb der Bundesrepublik erworben haben.

Um eine schnelle Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis zu ermöglichen, halte ich es nicht zuletzt im Interesse der Krankenanstalten und Kliniken für angezeigt, daß die Anträge der Bewerber hinsichtlich der Vollständigkeit und

Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen von der Verwaltung der Anstalt, an der das Arbeitsverhältnis begründet werden soll, geprüft und dann von dieser hier vorgelegt werden. Dadurch würden unnötiger Schriftverkehr und eine Verzögerung in der Einstellung des Bewerbers vermieden und die sich auf den Geschäftsablauf störend auswirkenden persönlichen Vorgesprächen der Bewerber entfallen.

Entsprechend bitte ich auch zu verfahren, wenn die Erlaubnis abgelaufen ist und verlängert werden soll oder wenn der Erlaubnisinhaber den Arbeitsplatz zu wechseln beabsichtigt. Hierzu weise ich auf den jeweiligen Begleiterlaß zur Erlaubnisurkunde hin.

Entsprechend den unterschiedlichen Voraussetzungen hat der Bewerber dem Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis — zum Verbleib bei meinen Akten — die nachfolgend genannten Unterlagen beizufügen.

Zu a): Eine amtlich beglaubigte Fotokopie der Urkunde nach Muster 8 BestOrd.

Die amtlich beglaubigte Fotokopie einer Bescheinigung der zuständigen Behörde, daß die Vorbereitungszeit als Medizinalassistent ordnungsgemäß abgeleistet und nachgewiesen worden ist.

Einen Lebenslauf.

Zeugnisse über die nach abgeschlossener Vorbereitungszeit als Medizinalassistent ausgeübte Tätigkeit.

Ein polizeiliches Führungszeugnis neuesten Datums.

Den Nachweis, daß er die Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der ausländerpolizeilichen Vorschriften besitzt.

Eine Erklärung der Krankenanstalt, in der er tätig werden will, über die Bereitschaft zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses.

Zu b): Eine amtlich beglaubigte Fotokopie des ausländischen Diploms.

Das Original einer amtlichen deutschen Übersetzung des Diploms.

Einen vollständigen Nachweis über die nach Abschluß des Medizinstudiums oder einer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erworbene Anerkennung als Facharzt ausgeübte Tätigkeit — insbesondere der zuletzt ausgeübten Tätigkeit (amtlich beglaubigte Fotokopien). Soweit erforderlich, ist den Nachweisen das Original einer amtlichen Übersetzung beizufügen.

Einen Lebenslauf mit ausführlichen Angaben über den ärztlichen Werdegang.

Ein polizeiliches Führungszeugnis neuesten Datums des Heimatlandes oder, wenn der Bewerber länger als drei Monate in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaft ist, der zuständigen deutschen Behörde.

Den Nachweis, daß er die Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der ausländerpolizeilichen Vorschriften besitzt bzw. den Nachweis, daß ihm die Aufenthaltserlaubnis zugesichert worden ist.

Eine Erklärung der Krankenanstalt, in der er tätig werden will, über die Bereitschaft zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses.

Den Nachweis, daß er die deutsche Sprache in Wort und Schrift in ausreichender Weise beherrscht. Der Nachweis kann geführt werden durch eine Bescheinigung

1. eines deutschen Sprachinstitutes oder
2. der deutschen Auslandsvertretung.
3. des Krankenhaus-Chefarztes.

Hat der Bewerber zuletzt eine selbständige Tätigkeit (eigene Praxis) ausgeübt, so ist darüber eine Bescheinigung der zuständigen Gesundheitsbehörde oder der Berufsvertretung vorzulegen. Aus derselben muß auch ersichtlich sein, ob gegen ihn Nachteiliges bekannt geworden ist.

Ist der Bewerber bereits in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland tätig, so ist ferner die Erlaubnisurkunde dieses Landes vorzulegen.

Die Beschäftigung eines ausländischen Bewerbers ist erst dann zulässig, wenn meine Zustimmung erteilt und die Erteilung der Erlaubnis nach § 10 BAO gewährleistet ist. Die Gesundheitsämter sind angewiesen worden, im Rahmen der ge-

mäß § 47 Abs. 2 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 30. März 1935 (RMBl. S. 327) regelmäßig durchzuführenden Krankenhausbesichtigungen darauf zu achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Ich behalte mir vor, künftighin bei Verstößen gegen die Bestimmungen des § 13 der Bundesärzteordnung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Abschließend weise ich noch darauf hin, daß ein im Ausland erworbener akademischer Grad (Dokortitel) nach dem Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 985) hier nur mit der besonderen Genehmigung des Kultusministers eines Landes der Bundesrepublik Deutschland geführt werden darf. Die unbefugte Führung des Dokortitels ist strafbar.

Wiesbaden, 30. 1. 1967

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

III A 3 b — 18 b 02/03 02/05 — Erl. Nr. 408/67

StAnz. 12/1967 S. 357

287

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

Förderung der Altenerholungshilfe

hier: Gewährung von Landeszuschüssen im Rechnungsjahr 1967

Bezug: Richtlinien über die Gewährung von Landeszuschüssen zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen vom 28. 12. 1964 (StAnz. 1965 S. 129) in der Fassung meines Erlasses vom 31. 1. 1966 (StAnz. S. 313)

Im Rechnungsjahr 1967 stehen mir vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages zur Förderung der Altenerholungshilfe Landesmittel voraussichtlich in Höhe von ca. 900 000 DM zur Verfügung. Für den Bereich der örtlichen Sozialhilfeträger habe ich folgende Zuschüsse vorgesehen:

I. Regierungsbezirk Darmstadt

Darmstadt-Stadt	30 800 DM	
Gießen-Stadt	12 600 DM	
Offenbach-Stadt	23 800 DM	
Landkreis Alsfeld	11 200 DM	
Landkreis Bergstraße	30 100 DM	
Landkreis Büdingen	14 700 DM	
Landkreis Darmstadt	19 600 DM	
Landkreis Dieburg	14 700 DM	
Landkreis Erbach	12 600 DM	
Landkreis Friedberg	25 200 DM	
Landkreis Gießen	18 200 DM	
Landkreis Groß-Gerau	25 200 DM	
Landkreis Lauterbach	9 100 DM	
Landkreis Offenbach	32 200 DM	280 000 DM

II. Regierungsbezirk Kassel

Fulda-Stadt	10 500 DM	
Kassel-Stadt	44 800 DM	
Marburg/L.-Stadt	9 100 DM	
Landkreis Eschwege	12 600 DM	
Landkreis Frankenberg	8 400 DM	
Landkreis Fritzlar-Homberg	13 300 DM	
Landkreis Fulda	15 400 DM	
Landkreis Hersfeld	13 300 DM	
Landkreis Hofgeismar	11 200 DM	
Landkreis Hünfeld	5 600 DM	
Landkreis Kassel	14 000 DM	
Landkreis Marburg (Lahn)	16 100 DM	
Landkreis Melsungen	8 400 DM	
Landkreis Rotenburg	14 000 DM	
Landkreis Waldeck	16 100 DM	
Landkreis Witzenhausen	9 100 DM	
Landkreis Wolfhagen	6 300 DM	
Landkreis Ziegenhain	9 800 DM	238 000 DM

III. Regierungsbezirk Wiesbaden

Frankfurt (Main)	136 500 DM	
Hanau/M.-Stadt	11 200 DM	
Wiesbaden	54 600 DM	
Landkreis Biedenkopf	9 100 DM	
Landkreis Dillkreis	14 000 DM	
Landkreis Gelnhausen	14 000 DM	
Landkreis Hanau	16 100 DM	
Landkreis Limburg	15 400 DM	
Landkreis Main-Taunus	21 000 DM	
Landkreis Oberlahn	11 200 DM	
Landkreis Obertaunus	19 600 DM	
Landkreis Rheingau	11 200 DM	
Landkreis Schlüchtern	7 000 DM	
Landkreis Untertaunus	12 600 DM	
Landkreis Usingen	5 600 DM	
Landkreis Wetzlar	23 100 DM	382 200 DM
		<u>900 200 DM</u>

Ich bitte die Magistrate der kreisfreien Städte und die Kreisausschüsse der Landkreise, sich in gemeinsamen Besprechungen mit den freien Wohlfahrtsverbänden wegen der für 1967 geplanten Maßnahmen der Altenerholung baldigst abzustimmen und mir sodann — spätestens bis zum 25. 3. 1967 — entsprechende Gesamtanträge (Formblatt AEH 2) auf dem Dienstweg vorzulegen (vgl. Ziffer 10 und 11 meiner Richtlinien).

Die für die Antragstellung und den späteren Verwendungsnachweis vorgesehenen Formblätter bzw. Vordrucke können erforderlichenfalls bei mir nachgefordert werden. Den freien Wohlfahrtsverbänden sind die für sie in Betracht kommenden Formblätter AEH 1 und AEH 3 von den Stadt- und Landkreisen sogleich zuzustellen.

Wiesbaden, 23. 2. 1967

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
II A 4 — 50 q 1203

StAnz. 12/1967 S. 359

288

Personalnachrichten

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei

ernannt

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte Manuel Poch, Heinrich Pudill, Statistisches Landesamt (28. 2. 1967);

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. Wolfgang Enderes, Helga Hecker, Hella Schomaker, Statistisches Landesamt (21. 2. 1967).

Wiesbaden, 2. 3. 1967

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
II B 3 — 8 a

StAnz. 12/1967 S. 359

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

f) Hessischer Verwaltungsgerichtshof Kassel

ernannt

zum **Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes** Vizepräsident beim Verwaltungsgerichtshof (RaL) Volkmar Borbein (22. 2. 1967);

zum **Vizepräsidenten beim Verwaltungsgerichtshof** Senatspräsident (RaL) Dr. Karl-Heinz Nieders (22. 2. 1967).

Kassel, 1. 3. 1967

Der Präsident des Hess. Verwaltungsgerichtshofs
Az.: 8 b 06/03

StAnz. 12/1967 S. 359

Berichtigung

In der Veröffentlichung im StAnz. 1967 S. 281 unter **Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei** muß es richtig heißen:

ernannt

zum **Regierungsinspektor** Regierungsinspektor (z. A.) Wilfried Jüterbock (30. 11. 1966).

Wiesbaden, 2. 3. 1967

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14
StAnz. 12/1967 S. 360

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Volksschulen**

ernannt

zu **apl. Fachlehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf** die Lehramtsbewerber/innen Reinhard Girgla, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Renate Helm, Mühlheim (1. 12. 1966), Friederike Pickel, Mühlheim (1. 12. 1966), Ursula Bonin, Babenhausen (1. 12. 1966), Erwin Schmiedl, Lampertheim (1. 12. 1966), Volker Bauer, Darmstadt-Eberstadt (1. 12. 1966), Horst Hansemann, Darmstadt (1. 12. 1966), Heidemarie Hohl, Darmstadt (1. 12. 1966), Elisabeth Söhnchen, Dietzenbach (1. 12. 1966), Theresa Sobotta, Friedberg (1. 12. 1966), Peter Appel, Rodheim v. d. H. (1. 12. 1966), Erika Rebscher, Höchst (1. 12. 1966), Johann Brillmayer, Walldorf (1. 12. 1966), Günther Sydow, Heppenheim (1. 12. 1966), Werner Jochim, Gießen (1. 12. 1966), Randoald Reinhardt, Viernheim (1. 12. 1966), Hiltrud Primke, Rockenberg (1. 12. 1966), Uwe Stephan, Bürstadt (1. 12. 1966), Ernst Borkowski, Dieburg (1. 12. 1966), Heinz Bernges, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Manfred Breckheimer, Trebur (1. 12. 1966), Monika Riebel, geb. Kamenik, Heppenheim (1. 12. 1966), Heidrun Welschmidt, Gießen-Wieseck (1. 12. 1966), Eckhard Rosenbaum, Gießen (1. 12. 1966), Ludwig Keßler, Höchst (1. 12. 1966), Bernd Köhler, Groß-Gerau (1. 12. 1966), Isolde Keilmann, Bürstadt (1. 12. 1966), Heinz Günter Dreieicher, Reinheim (1. 12. 1966), Ilona Schneider, Neu-Isenburg (1. 12. 1966), Ulrike Jungcurt, Offenbach (1. 12. 1966), Irmgard Pack, Hungen (1. 12. 1966), Wilhelm Poth, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Helga Splitt, Dreieichenhain (1. 12. 1966), Ursula Maria Steiner, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Norbert Weber, Waldmichelbach (1. 12. 1966), Dieter Krafft, Bensheim (1. 12. 1966), Josef Kuhn, Gießen (1. 12. 1966), Barbara Reigrotzki, Darmstadt-Arheilgen (1. 12. 1966), Walter Probst, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Anneliese Rettke, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Doris Putze, Viernheim (1. 12. 1966), Rainer Wedel, Bensheim (1. 12. 1966), Ilona Ohleyer, Lampertheim (1. 12. 1966), Silvia Kern, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Gundula Meise, Alsbach (1. 12. 1966), Irmelinde Blum, Freiensteinau (1. 12. 1966), Katarina Czerny, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Ute Richter-Elsner, Alsfeld (1. 12. 1966), Siegbert Reinig, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Heinrich Rödiger, Groß-Felda (1. 12. 1966), Elke Schröder, Lauterbach (1. 12. 1966), Renate Vath, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Doris Bender, Gießen (1. 12. 1966), Christel Bausch, Schaafheim (1. 12. 1966), Detlef Schaffschneider, Rüsselsheim-Königstätten (1. 12. 1966), Silke Angela Schattschneider-Hennings, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Edeltraud Jedanowski, Altenstadt (1. 12. 1966), Hildegard Schalk, Lorsch (1. 12. 1966), Gudrun Spannagel, Lampertheim (1. 12. 1966), Margit Stähr, Hausen (1. 12. 1966), Susanne Becker, Nieder-Weisel (1. 12. 1966), Ingeborg Heuser, Groß-Karben (1. 12. 1966), Joachim Stenger, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Gabriele Straub, Neu-Isenburg (1. 12. 1966), Renate Schilling, Ginsheim (1. 12. 1966), Rüdiger Schröter, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Wolfgang Engel, Homberg (1. 12. 1966), Felicitas Hühn, Schlitz (1. 12. 1966), Ortwin Walther, Erbach (1. 12. 1966), Egon Kunz, Babenhausen (1. 12. 1966), Georg Schwalm, Egelsbach (1. 12. 1966), Gisa Müller-Nedebock, Groß-Rohrheim (1. 12. 1966), Helmut Müller, Lampertheim (1. 12. 1966), Renate Mirsch, Neu-Isenburg (1. 12. 1966), Doris Wagenknecht, Nieder-Mörlen (1. 12. 1966), Claudia Werner, Langen (1. 12. 1966), Gerda Pfeifer, Großen-Linden (1. 12. 1966), Hans Gunter Rätzl, Rüsselsheim-Haßloch (1. 12. 1966), Birgit Brotkorb, Reiskirchen (1. 12. 1966), Peter Ausländer, Gernsheim (1. 12. 1966), Arno Knörzer, Goddelau (1. 12. 1966), Ute Reinhard, Viernheim (1. 12. 1966), Waltraud Sulzmann, Kelsterbach (1. 12. 1966), Christine Rode, Nieder-

Ohmen (1. 12. 1966), Hartmut Sachau, Neu-Isenburg (1. 12. 1966), Lutz Jesch, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Hartmut Kampmann, Friedberg (1. 12. 1966), Rosemarie Reinig, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Ulrike Römer, Heusenstamm (1. 12. 1966), Ekkehard Silb, Grünberg (1. 12. 1966), Gunhild Berg, geb. Kuhlmann, Darmstadt (1. 12. 1966), Eva Maria Stein, Seligenstadt (1. 12. 1966), Ilse Ulrich, Bad Vilbel (1. 12. 1966), Ursula Lang, Nidda (1. 12. 1966), Sieglinde Wegel, Mainflingen (1. 12. 1966), Elisabeth Winter, Seligenstadt (1. 12. 1966), Peter Schmidt, Alsfeld (1. 12. 1966), Anna Luise Stock, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Brigitte Schleser, Kefenrod (1. 12. 1966), Helga Krämer, Nieder-Eschbach (1. 12. 1966), Sigrid Sachse, Gedern (1. 12. 1966), Karl-Peter Keil, Heldenbergen (1. 12. 1966), Dieter Korzeniewsky, Büdingen (1. 12. 1966), Marianne Tonert, Echzell (1. 12. 1966), Christiane Schreiter, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Angelika Facius, Groß-Bieberau (1. 12. 1966), Gertraud Trumfheller, Steinheim (1. 12. 1966), Bärbel Hüg, Hainhausen (1. 12. 1966), Ursula Holzapfel, Seligenstadt (1. 12. 1966), Irene Schmidt, Großen-Buseck (1. 12. 1966), Steffen Gutmann, Butzbach (1. 12. 1966), Ottfried Müller, Lich (1. 12. 1966), Ellen Groth, Watzenborn-Steinberg (1. 12. 1966), Ingrid Ziegler, Heldenbergen (1. 12. 1966), Gabriele Gerhard, Grünberg (1. 12. 1966), Ilse Schrape, Lich (1. 12. 1966), Walter Russ, Groß-Bieberau (1. 12. 1966), Christel Kuhn, Groß-Karben (1. 12. 1966), Werner Rühl, Allendorf/Lda. (1. 12. 1966), Klaus Lenhardt, Grünberg (1. 12. 1966), Siegfried Bednarczyk, Bürstadt (1. 12. 1966), Ingeborg Schwab, Bensheim (16. 1. 1967), Theresia Schneider, Offenbach am Main (17. 8. 1966); die Lehrerin i. A. Emmi Schnell, Angersbach (8. 11. 1966);

zu **apl. Lehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf** die Lehramtsbewerber/innen Egon Fritz, Nieder-Ohmen (8. 12. 1966), Ursula Elmer, Bad Nauheim (8. 12. 1966), Helga Dietz, Ruhlkirchen (5. 12. 1966), Marianne Fricker, Steinheim (1. 12. 1966), Ingrid Pfeiferkorn, Viernheim (1. 12. 1966), Regina Haag, Bad Nauheim (5. 12. 1966), Ingrid Kemmerer, Klein-Welzheim (1. 12. 1966), Iris Hartig, Dudenhofen (1. 12. 1966), Hildegard Schnert, Nauheim (1. 12. 1966), Margaretha Lulay, Griesheim (1. 12. 1966), Gerd Schiel, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Wolfgang Jäger, Freiensteinau (1. 12. 1966), Robert Gretschr, Walldorf (1. 12. 1966), Carola Gritz, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Dea Flörsch, Nieder-Erlenbach (15. 12. 1966), Reinhold Grundke, Dieburg (1. 12. 1966), Heide Dittmann, Erbach (5. 12. 1966), Ingrid Goepel, Bad Nauheim (8. 12. 1966), Christa Hublitz, Gustavsburg (1. 12. 1966), Wilhelm Diebitsch, Treis/Lda. (11. 11. 1966), Monika Herschenröder, Nauheim (7. 12. 1966), Waltraud Lersch, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Regina Lübbert, Langen (1. 12. 1966), Frank Limbach, Lampertheim (10. 12. 1966), Christa Burger, Großen-Buseck (3. 12. 1966), Heide Demmel, Ober-Erlenbach (21. 12. 1966), Inge Polten, Friedberg (5. 12. 1966), Gerhard Moshach, Nieder-Wöllstadt (16. 12. 1966), Elke Riedel, Bischofsheim (1. 12. 1966), Erna Rinn, Nidda (6. 12. 1966), Gisela Kemmann, Mainflingen (1. 12. 1966), Rudolf Ullsperger, Stordorf (8. 12. 1966), Klaus Schmitz, Neu-Isenburg (6. 12. 1966), Heidrun Lotz, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Roswitha Czerwick, Mühlheim (1. 12. 1966), Margarete Czerwenka, Klein-Gerau (1. 12. 1966), Gesine Koch, Gustavsburg (3. 12. 1966), Hildegard Rahfeld, Reinheim (1. 12. 1966), Manfred Schönbeck, Klein-Auheim (1. 12. 1966), Gisela Becker, Mühlheim (1. 12. 1966), Brigitte Kochendörfer, Nieder-Florstadt (10. 12. 1966), Werner Babel, Gießen (1. 12. 1966), Ursula Brunner, Dietzenbach (1. 12. 1966), Waltraud Winkelsträter, Angersbach (1. 12. 1966), Hedwig Groß, Heusenstamm (7. 12. 1966), Irmela Wildgrube, Nieder-Klingen (1. 12. 1966), Elisabeth Arnold, Reichenbach (8. 12. 1966), Hiltrud Redling, Homberg/Ohm (12. 12. 1966), Hans Peter Knaf, Kefenrod (3. 12. 1966), Heidemarie Kammer, Eschenrod (1. 12. 1966), Herta Charlotte Neumann, Birkenau (5. 12. 1966), Heinrich Merkel, Bensheim (1. 12. 1966), Roland Kiehl, Obertshausen (6. 12. 1966), Hans-Robert Marquardt, Leeheim (1. 12. 1966), Barbara Neumann, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Christel Bangert, Bürstadt (1. 12. 1966), Günter Hack, Gernsheim (1. 12. 1966), Georg Werner Reuter, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Gerhard Peters, Harheim (15. 12. 1966), Friederike Eger, Trebur (5. 12. 1966), Reiner Pappé, Schotten (1. 12. 1966), Ilse Beck, Dreieichenhain (1. 12. 1966), Klaus Steinhieber, Biebesheim (6. 12. 1966), Ingeborg Schedl, Rüsselsheim (1. 12. 1966), Barbara Scholz, Goddelau (1. 12. 1966), Ursula Schmall, Groß-Karben (1. 12. 1966), Ingrid Taetzner, Heusenstamm (16. 12. 1966), Beate Veller, Bad Nauheim (7. 12. 1966), Gisela Tetzner, Sprendlingen (6. 12. 1966), Gudrun Zimmer, Dreieichenhain (1. 12. 1966), Dieter Topitsch, Hähnlein (8. 12. 1966), Monika

Pachaly, Neu-Isenburg (15. 12. 1966), Christa Pauly, Raibach (1. 12. 1966), Karin Wagner, Ranstadt (1. 12. 1966), Gudrun Moritz, Egelsbach (1. 12. 1966), Gitta Seidel, Habitzheim (5. 12. 1966), Heidrun Meyer, Raunheim (9. 12. 1966), Margarete Röderer, Biblis (9. 12. 1966), Lutz Ehmler, Bad Vilbel (1. 12. 1966), Anna-Dorothea Kadel, Freiensteinau (6. 12. 1966), Christa Kleemann, Groß-Karben (6. 12. 1966), Ursula Lavis, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Doris Sauer, Gustavsburg (15. 12. 1966), Heide Lüben, Obertshausen (20. 12. 1966), Brita Limberger, geb. Moritz, Offenbach am Main (12. 12. 1966), Gertrud Brehm, Darmstadt (1. 12. 1966), Günther Schmidt, Burkhardtsfelden (2. 12. 1966), Ute Schwalm, Berstadt (8. 12. 1966), Margarete Schreiber, Altwiedermus (6. 12. 1966), Hans-Joachim Scholz, Offenbach am Main (12. 12. 1966), Helmut Scheurich, Biblis (1. 12. 1966), Franziska Hoffmann, Gießen (1. 12. 1966), Gerda Gerbig, Lauterbach (9. 12. 1966), Anita Müller, Rüsselsheim (9. 12. 1966), Monika Kuttenculer, Rinderbüngen (16. 12. 1966), Elke Schmidt, Rüsselsheim (12. 12. 1966), Uwe Lülfi, Gadernheim (1. 12. 1966), Helga Wunsch, Darmstadt (9. 12. 1966), Christa Scholz, Rüsselsheim (3. 12. 1966), Heidrun Schmidt, Büttelborn (20. 12. 1966), Renate Bley, Trebur (1. 12. 1966), Karin Gutacker, Offenbach am Main (16. 1. 1967), Marion Müller, Offenbach am Main (20. 1. 1967), Klaus Trommeshauser, Rai-Breitenbach (16. 1. 1967), Sibylle Ruppert, Altenstadt (16. 12. 1966), Erika Heun, Altenstadt (16. 1. 1967), Christina Smola, Offenbach am Main (16. 1. 1967), Hans Peter Speidel, Groß-Karben (5. 12. 1966), Ludwig Müller, Viernheim (9. 1. 1967), Almut Härtel, Raunheim (13. 12. 1966), Heidrun Käß, Erbach (16. 1. 1967), Wolfgang Weisel, Ulrichstein (7. 12. 1966), Traute Hart, Obertshausen (16. 1. 1967), Ursula Herth, Goddelau (16. 1. 1967), Philine Hückmann, Dieburg (16. 1. 1967), Heinrich Zulauf, Büttelborn (16. 1. 1967), Sybille Kreuzer, Büdingen (6. 12. 1966), Dieter Trautmann, Mörlenbach (27. 1. 1967), Brigitte Hansel, Offenbach am Main (1. 12. 1966), Franz Klement, Offenbach am Main (1. 1. 1967), Marlies Diehl, Trebur (1. 2. 1967); die Lehrerin im Angestelltenverhältnis Helga Münch, Gießen-Klein-Linden (12. 1. 1967); die Lehrerin z. A. (BaP) Annegret Mechthild Meier, Groß-Gerau (11. 1. 1967);

ernannt

zu **Lehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Lehrer/innen (BaP) Helga Glaser, Sprendlingen (6. 12. 1966), Gretel Altmann, Neu-Isenburg (18. 12. 1966), Brigitte Cludius, Mühlheim (21. 12. 1966), Brigitte Schmidt, Egelsbach (17. 12. 1966), Karl-Heinz Schwarz, Langen (20. 12. 1966), Anna Opitz, Schaaflheim (20. 12. 1966), Johanna Aab, Altheim (17. 12. 1966), Werner Scholz, Egelsbach (17. 12. 1966), Anneliese Müller, Darmstadt (16. 1. 1967), Georg Wilhelm Reeg, Rai-Breitenbach (27. 10. 1966), Lieselotte Ramm, Rüsselsheim (3. 12. 1966), Hannelore Blechschmidt, Gießen-Klein-Linden (25. 10. 1966), Annedore Burg, Seeheim (24. 11. 1966), Arnold Kratz, Michelstadt (23. 1. 1967), Heinz Walter Lautenschläger, Rai-Breitenbach (19. 1. 1967), Maria Demmel, Darmstadt-Eberstadt (21. 1. 1967), Winfried Klaffke, Stockstadt (16. 1. 1967), Heinrich Trautmann, Darmstadt-Eberstadt (16. 1. 1967), Johannes Neumann, Rüsselsheim (6. 1. 1967), Edith Dedio, Offenbach am Main (24. 12. 1966), Klaus-Dieter Lange, Nieder-Florstadt (10. 1. 1967), Gerlind Keil, Bad Vilbel (19. 1. 1967), Hugo Schmitt, Butzbach (20. 1. 1967), Maria Hanke, Dudenhofen (20. 1. 1967), Maria Schmidt, Leeheim (27. 1. 1967), Valentin Egon Horlebein, Böllstein (1. 2. 1967), Hans Hoffmann, Unter-Sensbach (25. 1. 1967), Adolf Wilhelm Breitmeier, Babenhäuser (13. 1. 1967), Erika Stetzer, Friedberg (20. 1. 1967), Herbert Haub, Albach (27. 1. 1967), Johann Adam Fendt, Ober-Klingen (17. 1. 1967), Maria Steinki, Haingrund (27. 1. 1967), Maria Prauschke, Neu-Isenburg (30. 1. 1967), Leonhard Becker, Offenbach am Main (15. 2. 1967), Manfred Krumeich, Eckartsborn (15. 2. 1967), Edith Jung, Niedergemünden (3. 12. 1966), Renate Schmidt, Mörfelden (31. 1. 1967), Ekkehart Henschel, Einhausen (16. 1. 1967), Hans-Günther Büchner, Groß-Gerau (10. 2. 1967), Irmgard Meisinger, Darmstadt (16. 1. 1967), Irmgard Mayer, Goddelau (14. 2. 1967), Hildegard Gombert, Obertshausen (15. 2. 1967), Anneliese Baum, Mainflingen (15. 2. 1967);

ernannt

zu **Hauptlehrern** (—) die Lehrer (BaL) Horst Neumeyer, Schneppenhausen (29. 10. 1966), Ernst Ludwig, Rödgen-Wiselsheim (23. 12. 1966), Friedrich Stephan, Bleichenbach (31. 1. 1967);

zu **Sonderschullehrern** (—) die Lehrer (BaL) Eberhard Roth, Offenbach am Main (15. 12. 1966), Georg Borck, Lampertheim (18. 1. 1967);

zu **apl. Sonderschullehrerinnen** (—) die apl. Lehrerinnen (BaW) Wilhelmine Lotz, Offenbach am Main (12. 1. 1967), Irlind Marci, Friedberg (1. 2. 1967);

zur **Sonderschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Sonderschullehrerin (BaP) Elisabeth Nebeling, Darmstadt (22. 2. 1967);

zu **Realschullehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Realschullehrer/innen (BaP) Christine Mosell, Darmstadt (22. 12. 1966), Wilhelm Endres, Groß-Zimmern (22. 12. 1966), Robert Hehrlein, Steinheim (29. 12. 1966), Rudolf Reeh, Groß-Umstadt (17. 1. 1967), Willi Schäfer, Groß-Umstadt (16. 1. 1967), Adelinde Harnisch, Schotten (30. 1. 1967), Wilhelm Hegele, Erbach (16. 1. 1967);

die apl. Lehrerin (BaP) Hildegard Wege, Gießen (8. 2. 1967);

zum **Realschullehrer** (—) der Lehrer (BaL) Heinz Jackel, Offenbach am Main (13. 1. 1967);

zu **apl. Realschullehrern/innen** (—) die apl. Lehrer/in (BaP) Georg Walter Vetter, Reichelsheim (28. 12. 1966), Adelgunde Gompf, Offenbach am Main (25. 1. 1967), Erich List, Ober-Ramstadt (30. 1. 1967), Eberhard Räuber, Darmstadt (17. 2. 1967);

zu **Konrektoren** (—) der Realschullehrer (BaL) Nikolaus Schäfer, Rimbach (1. 12. 1966), der Lehrer (BaL) Karl-Heinz Lull, Rüsselsheim-Königstädten (16. 12. 1966);

zum **Volks- und Realschulkonrektor** (—) der Lehrer (BaL) Friedrich Finke, Lich (19. 1. 1967);

zu **Rektoren** (—) der Hauptlehrer (BaL) Hans Dietz, Niedermörlen (22. 12. 1966), die Lehrer (BaL) Wolfgang Lippert, Ober-Roden (19. 1. 1967), Karl-Heinz Ihrig, Wixhausen (16. 1. 1967), Alfred Hahn, Bad Vilbel (27. 1. 1967);

zum **Rektor einer Volksschule** (—) der Lehrer (BaL) Werner Heinze, Freiensteinau (30. 12. 1966);

zum **Direktor einer Landesblindenschule** (—) der Blindenoberlehrer (BaL) Edmund Heil, Friedberg (27. 2. 1967);

zum **Schulpsychologen und Lehrer an Volks-, Real- und Sonderschulen** der Realschullehrer (BaL) Dr. Hugo Keller, Friedberg (19. 12. 1966);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe

die apl. Lehrer/innen (BaW) Manfred Ziehl, Hainhausen (22. 12. 1966), Winfried Hinkelmann, Viernheim (21. 12. 1966), Otmar Scheitza, Mosbach (20. 12. 1966), Karl Claus, Ober-Modau (22. 12. 1966), Lore Woermann, Ober-Ramstadt (21. 12. 1966), Ingeborg Schindler, Pfungstadt (21. 12. 1966), Horst Fischer, Pfungstadt (15. 12. 1966), Roland Roos, Großen-Linden (6. 12. 1966), Angelika Kithau, Viernheim (20. 12. 1966), Hannelore Braun, Langen (17. 12. 1966), Inge Rock, Zellhausen (1. 12. 1966), Christa Puleff, Eppertshausen (16. 12. 1966), Jürgen Krafft, Mühlheim (18. 1. 1967), Friedrich Krichbaum, Mittelgründau (17. 1. 1967), Kurt Kraft, Mühlheim (18. 1. 1967), Paul Alexa, Mörlenbach (29. 12. 1966), Klaus Köppel, Rüsselsheim (10. 1. 1967), Roland Berg, Heppenheim (9. 1. 1967), Brigitte Großhaus, Offenbach am Main (18. 1. 1967), Otto Gerlach, Stockheim (17. 1. 1967), Gisela Siebert, Gernsheim (16. 1. 1967), Christel Kirchner, Ginsheim (16. 1. 1967), Ute Braun, Offenbach am Main (18. 1. 1967), Doris Kaufmann, Nieder-Florstadt (13. 1. 1967), Horst-Heinz Lücker, Dornheim (16. 1. 1967), Karl-Heinz Buschmann, Raunheim (19. 1. 1967), Erika Spruth, Urberach (17. 1. 1967), Werner Feudtner, Friedberg (23. 1. 1967), Rotraud Ruck, Seligenstadt (16. 1. 1967), Hans Jörg Steiger, Kefenrod (18. 1. 1967), Marieluise Schmitz, Höchst a. d. N. (18. 1. 1967), Olga Klein, Zell (18. 1. 1967), Walter Brix, Mittel-Seemen (18. 1. 1967), Ursula Carstens, Griesheim (28. 10. 1966), Ursula Berger, Darmstadt (25. 1. 1967), Irmtraud Maria Wirk, Mörfelden (20. 1. 1967), Willi Knipp, Kelsterbach (19. 1. 1967), Hermann Konrad, Mörfelden (20. 1. 1967), Edeltraud Völker, Büdingen (17. 1. 1967), Roselinde Fischer, Offenbach am Main (24. 1. 1967), Harald Hecht, Ober-Kainsbach (25. 1. 1967), Christiana Eckert, Grünberg (16. 1. 1967), Gisela Glückert, Offenbach am Main (25. 1. 1967), Bernhard Janusch, Rommelhausen (17. 1. 1967), Hans Eberhard Kömpf, Nieder-Olfelden (25. 1. 1967), Renate Rößner, Offenbach am Main (18. 1. 1967), Ursula Lutz, Gernsheim (20. 1. 1967), Karolina Wolf, Obertshausen (24. 1. 1967), Liesel Thurn, Leeheim (16. 1. 1967), Edgar Lischka, Grünberg (16. 1. 1967), Klaus Jürgen Dennig, Biebesheim (28. 1. 1967), Heinrich Hofmann,

Wallerstädten (16. 1. 1967), Isolde Nold, Rüsselsheim (23. 1. 1967), Franco Zannier, Offenbach am Main (20. 1. 1967), Hildegund Vorast, Offenbach am Main (24. 1. 1967), Richard Waltz, Leidhecken (24. 1. 1967), Helmut Ulrich, Gernsheim (23. 1. 1967), Sigrid Hammon, Offenbach am Main (7. 2. 1967), Karl-Heinz Würtenberger, Bischofsheim (21. 1. 1967), Erwin Ludwig, Dauernheim (24. 1. 1967), Elke Zannier, Offenbach am Main (27. 1. 1967), Gunhild Rodenhäuser, Nieder-Ramstadt (3. 2. 1967), Hermann Scholz, Geinsheim (25. 1. 1967), Johann Schmalz, Griesheim (9. 2. 1967), Hermann Vlach, Erzhausen (10. 2. 1967), Adolf Schuster, Lauterbach (3. 2. 1967), Heinz Kiesewetter, Seeheim (9. 2. 1967), Marina Kickelhahn, Raunheim (27. 1. 1967), Renate Radzom, Darmstadt (2. 2. 1967), Manfred Wahl, Grünberg (16. 1. 1967), Irmgard Sturm, Bingenheim (24. 1. 1967), Hannelore Ruckmann, Rüsselsheim (18. 1. 1967), Almut Siebenhühner, Raunheim (8. 2. 1967), Hildegard Holzauer, Heusenstamm (23. 1. 1967), Charlotte Hertsch, Goddelau (14. 2. 1967), Klaus Keller, Friedberg (6. 2. 1967), Sigrid Wacket, Allertshausen (26. 1. 1967), Herbert Horst Echl, Offenbach am Main (17. 2. 1967), Rolf-Axel Blaurock, Worfelden (17. 2. 1967), Siegfried Behnisch, Darmstadt (16. 2. 1967), Horst Espich, Holzheim (17. 2. 1967), Annemarie Angern, Zellhausen (11. 2. 1967), Luitgard Dittmar, Egelsbach (15. 2. 1967), Eckhart Geiß, Holzheim (17. 2. 1967), Rosmarie Waßmann, Hahn (15. 1. 1967), Ortrud Müller, Biebesheim (17. 2. 1967), Edith Kluge, Hähnlein (20. 2. 1967), Werner Scheele, Offenbach am Main (15. 2. 1967), Hans-Joachim Feller, Seeheim (24. 2. 1967), Mechthild Einsiedel, Rüsselsheim (21. 2. 1967), Axel Eibich, Darmstadt (22. 2. 1967), Kristin Rößner, Egelsbach (15. 2. 1967), die apl. Realschullehrerin (BaW) Emilie Turan, Langen (10. 2. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Lehrer/innen (BaP) Ingrid Heydecker, Grebenhain (1. 11. 1966), Josef Wendelin Schlett, Dieburg (21. 12. 1966), Ingeborg Mücke, Groß-Karben (19. 12. 1966), Gerlind Herzog, Roßdorf (21. 12. 1966), Paula Ratuschny, Langen (17. 12. 1966), Gertraud Riefstahl, Darmstadt (21. 12. 1966), Martin Merz, Rodau (17. 1. 1967), Alwin Poth, Reinheim (17. 1. 1967), Heinz Kühner, Gedern (19. 12. 1966), Almut Bickel, Traisa (3. 2. 1967), Gisela Betz, Langen (10. 2. 1967);

in den Ruhestand versetzt

die Lehrerinnen/der Lehrer Mathilde Roth, Neu-Isenburg (November 1966), Margarete Berdolt, Lindenfels (November 1966), Doris Liess, Viernheim (November 1966), Christine Hauck, Offenbach am Main (Dezember 1966), Margarete Wißmüller, Groß-Zimmern (Dezember 1966), Erich Reinhardt, Offenbach am Main (November 1966), die Rektoren (BaL) Adolf Wedel, Ober-Rosbach (November 1966), Gerhard Schmidt, Watzenborn-Steinberg (Dezember 1966), die Volks- und Realschulrektoren (BaL) Friedrich Händchen, Mörfelden (Januar 1967), Leonhardt Müller, Reinheim (Januar 1967);

entlassen (mit Ablauf des Monats/ des Tages)

die apl. Lehrer/innen (BaP) Jutta Deniler, Offenbach am Main (mit Ablauf des Monats Dezember 1966), Erika Schmidt, Erzhausen (mit Ablauf des Monats Januar 1967), Christa Kunze, Viernheim (mit Ablauf des Monats Dezember 1966), Horst Ernst Trost, Gustavsburg (mit Ablauf des Monats Dezember 1966), Beatrice Sommer, Mainflingen (mit Ablauf des Monats November 1966), Ursula Carstens, Griesheim (mit Ablauf des Monats Januar 1967), Gisela Cambellotti, Bad Vilbel (mit Ablauf des 15. 1. 1967), Ingrid Elisabeth Weber, Lampertheim (mit Ablauf des 19. 1. 1967);
der/die apl. Lehrer/innen (BaW) Gisela Meyer, Offenbach am Main (mit Ablauf des Monats Dezember 1966), Mechthild Mörchen, Habitzheim (mit Ablauf des Monats Januar 1967), Wolfgang Chwalkowski, Raunheim (mit Ablauf des Monats Januar 1967), Ute Lehmann, Darmstadt (mit Ablauf des 9. 2. 1967),
die Lehrerin (BaL) Marianne Callenberg, Rüsselsheim (mit Ablauf des 15. 2. 1967);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt

zu **Studienräten unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Studienassessoren (BaP) Johannes Fehl, Offenbach am Main (25. 1. 1967), Günter Reul, Darmstadt (17. 2. 1967);

zu **Studienassessoren/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe** die Assessorinnen/innen im Lehramt (BaW) Günter Koppe, Gießen (21. 12. 1966), Sunhild Hennecke, Hausen (13. 1. 1967), Günter Cunz, Darmstadt (15. 12. 1966);

zu **Oberstudienräten/rätinnen** (—) die Studienräte/rätinnen (BaL) Hilde Wagner, Londorf (31. 10. 1966), Elli Schülke, Gießen (31. 10. 1966), Gerda Colin, Groß-Gerau (28. 10. 1966), Mathilde Wollstadt, Groß-Gerau (25. 10. 1966), Josef Kronenberger, Darmstadt (1. 9. 1966), Bernhard Blomeyer, Offenbach am Main (29. 10. 1966), Friedrich Hüther, Sprendlingen (31. 8. 1966), Susi Reinitzer, Dieburg (18. 1. 1967), Vera Janus, Büdingen (27. 9. 1966), Wolfgang Kuhnt, Groß-Gerau (28. 10. 1966), Heinrich Oberthür, Lauterbach (28. 12. 1966), Ursula Geißler, Büdingen (21. 2. 1967), Johanna Emrich, Büdingen (21. 2. 1967);

entlassen

die Studienrätin (BaL) Helga Brauns, Gießen (mit Ablauf des Monats November 1966),
die Studienassessorin (BaP) Ingeborg Unverzagt, Rüsselsheim (mit Ablauf des Monats Dezember 1966),

in den Ruhestand versetzt

der/die Oberstudienrat/rätin (BaL) Werner Degenhardt, Rüsselsheim (Dezember 1966), Frieda Atzbach, Gießen (Mai 1967);

Höhere Schulen

ernannt:

zu **Studienassessoren/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe** die Assessorinnen/innen im Lehramt (BaW): Ortwin Jakob, Bensheim (19. 11. 1966), Ekkehard Frick, Darmstadt (19. 12. 1966), Roswitha Göhring, Darmstadt (10. 11. 1966), Doris Stößlein, Groß-Gerau (19. 12. 1966), Gerhard Zeitz, Friedberg (19. 11. 1966), Ernst Planner, Dieburg (22. 11. 1966), Angela Möller, Offenbach am Main (25. 11. 1966), Gerhard Reineck, Friedberg (19. 11. 1966), Renate Stock, Neu-Isenburg (12. 11. 1966), Eva Murgas, Bensheim (7. 10. 1966), Gerhard Scholz, Gießen (19. 12. 1966), Jochen Wagner, Dieburg (19. 11. 1966), Maria Elisabeth Benzcek, Lauterbach (19. 11. 1966), Willi Speier, Gießen (12. 1. 1967), Siegfried Schäfer, Gießen (15. 12. 1966), Rudolf Schäfer, Darmstadt (15. 12. 1966), Dietrich Heuer, Gießen (12. 1. 1967), Ferdinand Bromm, Nidda (11. 1. 1967), Helmut Anthes, Groß-Bieberau (17. 11. 1966), Wolfgang Wagner, Bensheim (25. 11. 1966), Jakob Spanner, Laubach (16. 1. 1967), Ernst-Dieter Nees, Bad Nauheim (17. 12. 1966), Lutz Petrich, Rüsselsheim (10. 11. 1966), Maria Anna Pfitzmayer, Friedberg (26. 11. 1966), Ilse Janisch, Michelstadt (22. 12. 1966), Ortwin Stahl, Gießen (19. 12. 1966), Eva Kühn, Gießen (18. 1. 1967), Hans Gunkel, Darmstadt (16. 1. 1967), Friedel Herbel, Grünberg (15. 12. 1966), Heribert Berger, Büdingen (24. 12. 1966), Edith Eigner, Darmstadt (21. 12. 1966), Dieter Gail, Gießen (11. 1. 1967), Ludwig Diederich, Offenbach am Main (10. 11. 1966), Karl Fehr, Darmstadt (16. 12. 1966), Marianne Momberger, Butzbach (17. 12. 1966), Dr. Gottfried Garbe, Darmstadt (16. 1. 1967), Brigitte Gehring, Darmstadt (6. 1. 1967), Dietrich Fritsche, Heppenheim (16. 1. 1967);

zu **Studienräten/rätinnen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Studienassessoren/innen (BaP): Hans Schwägerl, Gießen (12. 1. 1967), Hermann Benz, Babenhausen (17. 1. 1967), Reinhard Frank, Rimbach (20. 1. 1967), Ottilie Kugler, Gernsheim (17. 1. 1967), Werner Schiffmann, Seeheim (16. 1. 1967), Günther Diegel, Groß-Gerau (27. 1. 1967), Armin Zinßer, Rüsselsheim (16. 1. 1967), Edl- traud Haber, Rüsselsheim (16. 1. 1967), Walter Rade, Rüsselsheim (16. 1. 1967), Günter Herrling, Offenbach am Main (16. 1. 1967), Helge Hombach, Gießen (18. 1. 1967), Bernhard Haus, Seligenstadt (17. 2. 1967);

zu **Oberstudiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL): Werner Engel, Darmstadt (30. 11. 1966), Erwin Horn, Nidda (20. 12. 1966);

zu **Oberstudienräten/rätinnen** die Studienräte/rätinnen (BaL): Maria Hergenröder, Offenbach am Main (28. 10. 1966), Dr. Bernhard von der Linden, z. Z. Barcelona (28. 11. 1966), Helga Döge, z. Z. Athen (29. 11. 1966), Arno Becker, z. Z. Istanbul (26. 11. 1966), Hildegund Goetz, Groß-Gerau (29. 10. 1966), Marianne Lebrecht, Offenbach am Main (28. 10. 1966), Rotraut Kimmel, Seeheim (28. 10. 1966), Bruno Krüger, Gießen (25. 10. 1966), Dr. Erwein Pittermann, Gießen (29. 10.

1966), Norbert Gleißner, Viernheim (28. 10. 1966), Elisabeth Günther, z. Z. Athen (9. 11. 1966), Lilli Dröll, Offenbach am Main (28. 10. 1966), Rosemarie Görlich, Lauterbach (28. 10. 1966), Dr. Heinz Häffner, Rüsselsheim (28. 10. 1966), Heinz Eiff, Bensheim (28. 10. 1966), Georg Mechlenburg, z. Z. Kairo (28. 11. 1966), Theodor Michel, Gießen (25. 10. 1966), Maria Knapp, Alexandria (19. 12. 1966), Rudolf Walter, Friedberg (29. 10. 1966), Günther Theilmann, Beerfelden (28. 10. 1966), Hans Satzinger, Hungen (29. 10. 1966), Dr. Hans-Wilhelm Deichert, z. Z. Kendall Park USA (30. 11. 1966), Margarete Fleischer, Groß-Umstadt (28. 10. 1966), Gertrud Suermann Lauterbach (20. 10. 1966), Dr. Heribert Rück, Gießen (29. 10. 1966), Dr. Franz-Josef Winter, Darmstadt (28. 10. 1966), Gerhard Neef, Nidda (28. 10. 1966), Karl Heinrich Beck, Offenbach am Main (31. 10. 1966), Franz Bommarius, Darmstadt (28. 10. 1966), Siegfried Oelsner, z. Z. Athen (7. 12. 1966), Harald Weiser, Ober-Hambach (28. 10. 1966), Hans Schnorr, Ehzell (29. 10. 1966), Maria Knapp, z. Z. Alexandria (19. 12. 1966), Manfred König, z. Z. Bogota (Kolumbien) (30. 11. 1966), Maria Anna Pachtner, Offenbach am Main (29. 10. 1966), Dr. Kurt Liebenberg, Ober-Hambach (28. 10. 1966), Hans Ohl, Viernheim (28. 10. 1966), Manfred Leukel, Wald-Michelbach (28. 10. 1966), Otto Müller, Gießen (29. 10. 1966), Walter Ludwig, Friedberg (29. 10. 1966), Erwin Klinger, Babenhausen (28. 10. 1966), Lieselotte Kildau, Langen (25. 10. 1966), Gerhard Weber, Nidda (28. 10. 1966), Ursula Allendörfer, Bensheim (28. 10. 1966), Dr. Inge Mattern, Gießen (29. 10. 1966), Georg Karkoska, Groß-Gerau (29. 10. 1966), Winfried Noack, Darmstadt (28. 10. 1966), Walter Köhler, Gießen (29. 10. 1966), Wolfgang Kreißl, Friedberg (28. 10. 1966), Erich Protz, Büdingen (29. 10. 1966), Lydia Rispoli, Friedberg (28. 10. 1966), Elisabeth-Charlotte Büchsel, Friedberg (28. 9. 1966), Ilse Haase, Rüsselsheim (28. 10. 1966), Dr. Ernst Jakobi, Groß-Gerau (29. 10. 1966), Apollonia May, Heppenheim (28. 10. 1966), Hans Walter Köhler, Gießen (29. 10. 1966), Horst Scherzberg, Friedberg (28. 10. 1966), Erich Scholz, Bensheim (28. 10. 1966), Hans-Walter Schneider, Babenhausen (28. 10. 1966), Gerhard Schmidt, Friedberg (28. 10. 1966), Reinhard Schlimm, Darmstadt (28. 10. 1966), Siegfried Paulhardt, z. Z. Bogota (Kolumbien) (29. 11. 1966), Reinhold Lind, z. Z. Madrid (21. 12. 1966), Karl-Albert Gehrling, Darmstadt (29. 10. 1966), Joachim Schulte, Nidda (28. 10. 1966), Dr. Wolfgang Mickel, Neu-Isenburg (29. 12. 1966), Dr. Tatjana Högy, Gießen (29. 10. 1966), Josef Skura, Offenbach am Main (21. 12. 1966), Dieter Tschampel, z. Z. Barranquilla (2. 12. 1966), Rainer Schwöbel, Offenbach am Main (29. 10. 1966), Manfred Hundertmark, Friedberg (28. 10. 1966), Günther Müller, Gießen (29. 10. 1966), Dr. Karl Heß, Friedberg (28. 10. 1966), Ferdinand Schuld, Rüsselsheim (28. 10. 1966), Konrad Seibel, Wald-Michelbach (25. 10. 1966);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats):

die Studienrätin (BaL) Anneliese Weigand, Beerfelden (Oktober 1966);

entlassen: (Mit Ablauf des):

die Assessorin im Lehramt Sigrid Faber, Neu-Isenburg (20. 1. 1967), die Studienassessorin (BaP) Brigitte Troester, Offenbach (Main) (9. 2. 1967).

Darmstadt, 3. 3. 1967

Der Regierungspräsident

II/1 — 7 I 08 (1)

St.Anz. 12/1967 S. 360

d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden

ernannt:

zum **Schulrat** der Rektor (BaL) Bodo Metz, Limburg (Lahn) (24. 8. 1966);

zum **Direktor einer Landesgehörlosenschule** der Taubst.-Oberlehrer (BaL) Norbert Walzig, Camberg, LK Limburg (17. 1. 1967);

zu **Rektoren als Ausbildungsleiter an einem Päd. Seminar** der Rektor (BaL) Eberhard Heyn, Hanau (31. 8. 1966), die Lehrer (BaL) Werner Crecelius, Weilburg (19. 7. 1966), Franz Göller, Frankfurt am Main (17. 1. 1967);

zu **Realschulrektoren** die Realschullehrer (BaL) Erich Arnd, Bad Schwalbach, LK Untertaunus (6. 7. 1966), Reinhold Schaper, Wiesbaden (30. 1. 1967);

zum **Rektor als Leiter einer Sonderschule** der Sonderschullehrer (BaL) Kurt Sperzel, Gelnhausen (31. 8. 1966);

zu **Rektoren die Konrektoren** (BaL) Hermann Ferd. Frank, Frankfurt am Main (30. 11. 1966), Heinz Reeg, Frankfurt am Main (22. 11. 1966), Rudolf Fuhr, Wiesbaden (26. 8. 1966), die Hauptlehrer (BaL) Günther Knauf, Neuenschmidten, LK Gelnhausen (26. 1. 1967), Harald Aders, Niederscheld (Dillkr.) (8. 12. 1966), Friedrich Martin, Gelnhausen (22. 11. 1966), Helmut Kirschner, Groß-Rechtenbach, LK Wetzlar (30. 11. 1966), Helmut Sandrock, Neuses, LK Gelnhausen (7. 11. 1966), Walter Gäbel, Kelkheim, LK Main-Taunus (31. 10. 1966), Botho Wiecker, Herborn (Dillkr.) (16. 8. 1966), Heinrich Bopp, Michelbach, LK Untertaunus (22. 8. 1966), Heinrich Habermehl, Niedereseisenhausen, LK Biedenkopf (12. 8. 1966), Franz Blumentritt, Wismar, LK Wetzlar (8. 8. 1966), Anton Jung, Eschhofen, LK Limburg (14. 7. 1966), Kurt Hanewald, Hahn, LK Untertaunus (30. 6. 1966), die Hauptlehrerin (BaL) Maria Agnes Klapsch, Erda, LK Wetzlar (12. 8. 1966), die Realschullehrerin (BaL) Annemarie Friedrich, Wiesbaden (31. 8. 1966), die Lehrer (BaL) Robert Struppmann, Oestrich/Rhg. (10. 2. 1967), Heinz Simon, Bad Soden, LK Main-Taunus (31. 10. 1966), Walter Ruckelshausen, Friedrichsdorf, LK Obertaunus (22. 8. 1966), Erich Schneider, Wiesbaden (23. 8. 1966), Adolf Kilb, Wallrabenstein, LK Untertaunus (25. 7. 1966), Heinrich Gombert, Krofdorf-Gleiberg, LK Wetzlar (1. 8. 1966), Wilhelm Fabricius, Neuenhaßlau, LK Gelnhausen (14. 7. 1966), Rudolf Salg, Frankfurt am Main (23. 11. 1966);

zu **Konrektoren an einer Sonderschule** der Sonderschullehrer (BaL) Sturm Fischer, Hanau (10. 6. 1966), die Sonderschullehrerin Lina Haenisch, Frankfurt am Main (23. 1. 1967);

zum **Volks- und Realschulkonrektor** der Realschullehrer (BaL) Paul Hausen, Frankfurt am Main (27. 8. 1966); zu **Konrektoren/innen** die Hauptlehrer (BaL) Ernst Bock, Groß-Rechtenbach, LK Wetzlar (1. 12. 1966), Wilhelm Jäger, Michelbach, LK Untertaunus (17. 8. 1966), der Realschullehrer (BaL) Karl-Ludwig Krauskopf, Langenselbold, LK Hanau (20. 6. 1966), die Lehrerinnen (BaL) Elisabeth Welsch, Wiesbaden (19. 10. 1966), Elfriede Pagels, Eltville/Rhg. (23. 11. 1966), die Lehrer (BaL) Werner Glöser, Groß-Auheim, LK Hanau (13. 6. 1966), Adolf Knopp, Wetzlar (28. 5. 1966), Hermann Bau, Erda, LK Wetzlar (12. 8. 1966), Johann Sappert, Bodheim, LK Wetzlar (12. 8. 1966), Alfred Stoll, Herbornseelbach (Dillkr.) (17. 8. 1966), Helmut Welly, Wiesbaden (18. 10. 1966), Erich Schell, Wiesbaden (22. 8. 1966), Werner Eckel, Bad Homburg, LK Obertaunus (22. 8. 1966), Wilhelm Reile, Ehringshausen, LK Wetzlar (24. 8. 1966), Fritz Link, Wiesbaden (19. 10. 1966), Alfred Bilger, Frankfurt am Main (7. 10. 1966), Ernst Leininger, Wiesbaden (27. 9. 1966), Harald Wiek, Frankfurt am Main (30. 9. 1966), Reinhold Schwarzer, Frankfurt am Main (19. 9. 1966), Heinrich Hildebrand, Frankfurt am Main (21. 9. 1966), Siegfried Schmidt, Frankfurt am Main (31. 10. 1966), Johann Holm, Camberg, LK Limburg (28. 10. 1966), Gerhard Hüttig, Niederrodenbach, LK Hanau (14. 12. 1966);

zu **Hauptlehrern** die Lehrer (BaL) Paul Berg, Wiesbaden (30. 8. 1966), Karl Spratler, Rückingen, LK Hanau (22. 9. 1966), Horst Engelhardt, Rittershausen (Dillkr.) (21. 10. 1966), Richard Umbach, Endbach, LK Biedenkopf (29. 10. 1966), Oskar Kubetz, Niederbiel, LK Wetzlar (27. 10. 1966), Rudolf Cunz, Schönbach (Dillkr.) (6. 12. 1966), Walter Böhm, Medenbach (Dillkr.) (30. 12. 1966), Emil Debus, Heftrich, LK Untertaunus (19. 1. 1967), Ewald Leber, Oberweyer, LK Limburg (30. 1. 1967);

zu **Sonderschullehrern bzw. Sonderschullehrerinnen** (BaL) die apl. Sonderschullehrer/innen (BaP) Manfred Knoch, Frankfurt am Main (28. 10. 1966), Herbert Kolezek, Wiesbaden (1. 9. 1966), Walter Arndt, Idstein, LK Untertaunus (3. 11. 1966), Brigitte Freise, Schlüchtern (17. 8. 1966), Ingeborg Aley, Frankfurt am Main (11. 11. 1966), Helene Raschka, Frankfurt am Main (31. 1. 1967);

zu **Sonderschullehrern bzw. Sonderschullehrerinnen** die Lehrer/innen (BaL) Werner Stallmann, Hommertshausen, LK Biedenkopf (5. 9. 1966), Hildegard Gerhard, Bad Homburg, LK Obertaunus (24. 8. 1966), Elis. Wolf, Frankfurt am Main (22. 8. 1966), Maria Schäfer, Wiesbaden (16. 1. 1967);

zu **Realschullehrern bzw. Realschullehrerinnen** (BaL) die apl. Realschullehrer/innen (BaP) Gertrudis Schmid, Frankfurt am Main (11. 6. 1966), Ursula Enderich, Frankfurt am Main (22. 6. 1966), Jutta Imhof, Frankfurt am Main (3. 8.

1966), Ursula Kretschmar, Frankfurt am Main (3. 9. 1966), Annetts Tumulka, Frankfurt am Main (3. 12. 1966), Ingeborg Knossalla, Wiesbaden (14. 12. 1966), Heinrich Ennemann, Hofheim, LK Maintaunus (5. 7. 1966), Karlheinz Becht, Weilmünster, LK Oberlahn (19. 8. 1966), Dr. Horst Butschkus, Eltville/Rhg. (17. 8. 1966), Waltemar Freese, Großauheim, LK Hanau (29. 8. 1966), Lothar Wetzlar, Frankfurt am Main (14. 12. 1966), Dieter Alsheimer, Altengronau, LK Schlüchtern (7. 6. 1966), Hermann Hillenmeyer, Frankfurt am Main (14. 5. 1966), Hans Reinhard Pfitzner, Altengronau, LK Schlüchtern (15. 8. 1966), die apl. Lehrerin Gertrud Beck, Eltville/Rhg. (13. 6. 1966);

zu **Realschullehrern bzw. Realschullehrerinnen** die Lehrerinnen (BaL) Hans Schumann, Hermannstein, LK Wetzlar (14. 11. 1966), Manfred Stanzel, Hermannstein, LK Wetzlar (1. 12. 1966), Walter Frank, Hanau (1. 12. 1966), Reinhold Nickel, Frankfurt am Main (30. 11. 1966), Werner Rosenkranz, Braunfels, LK Wetzlar (28. 11. 1966), Friedr. Kaufmann, Großauheim, LK Hanau (18. 11. 1966), Otto Immel, Dautphe, LK Biedenkopf (1. 1. 1967), Ehrfried Grob, Rüdesheim/Rhg. (20. 1. 1967), Hans Berger, Hofheim, LK Maintaunus (10. 2. 1967), Heinrich Hartmann, Frankfurt am Main (8. 6. 1966), Manfred Stahn, Wetzlar (7. 6. 1966), Dieter Dullien, Wiesbaden (26. 8. 1966), Bruno Wilimzig, Biedenkopf (2. 9. 1966), Paul Hoffmann, Wiesbaden (11. 11. 1966), Hans Joachim Seeger, Weilburg/Lahn (26. 9. 1966), Heinz Becker, Frankfurt am Main (18. 10. 1966), Rüdiger Henkel, Frankfurt am Main (2. 11. 1966), Gisela Höfling, Hanau (6. 6. 1966), Erika Seibel, Usingen (12. 7. 1966), Ortrud Vollrath, Frankfurt am Main (31. 8. 1966), Irmgard Stahl, Weilmünster, LK Oberlahn (4. 11. 1966), Erna Düring, Frankfurt am Main (17. 12. 1966), Elis. Hopf, Frankfurt am Main (28. 12. 1966), der Hauptlehrer (BaL) Richard Jung, Limburg (4. 11. 1966);

zu **Lehrern bzw. Lehrerinnen (BaL)** die apl. Lehrerinnen (BaP) Roswitha Hunold, Köppern, LK Oberaunus (16. 1. 1967), Ingrid Losert, Frankfurt am Main (1. 12. 1966), Elfriede Schiela, Frankfurt am Main (4. 11. 1966), Herta Reinhöfer, Flörsheim, LK Maintaunus (17. 1. 1967), Anneliese Utikal, Wiesbaden (16. 1. 1967), Ursula Hermann, Frankfurt am Main (20. 12. 1966), Gertrud Göbel, Oberdorfelden, LK Hanau (22. 12. 1966), Christa Sauerteig, Frankfurt am Main (16. 1. 1967), Hanna Karlsson, Philippstein, LK Oberlahn (28. 7. 1966), Gerda Schuy, Frankfurt am Main (27. 12. 1966), Dorothea Borchert, Oestrich/Rhg. (19. 1. 1967), Renate Hartherz, Anspach LK Usingen (20. 1. 1967), Hilde Böhlander, Altengronau LK Schlüchtern (27. 1. 1967), Luise Drefahl, Wiesbaden (16. 1. 1967), Lieselotte Mohr, Hochstadt, LK Hanau (29. 12. 1966), Dorothea Steinberg, Rüdesheim/Rhg. (11. 2. 1967), Anni-Gesine Satow, Hanau (15. 11. 1966), Helga Schrader, Haiger (Dillkr.) (8. 11. 1966), Gudrun Fröhlich, Frankfurt am Main (17. 11. 1966), Hedwig Heine, Wiesbaden (1. 12. 1966), Lioba Puchinger, Gelnhausen (2. 12. 1966), Waltraut Dammköhler, Langenselbold, LK Hanau (29. 11. 1966), Hildegard Kahlheber, Runkel, LK Oberaunus (7. 12. 1966), Lieselotte Sachse, Oberzell, LK Schlüchtern (15. 12. 1966), Elis. Greif, Wetzlar (12. 12. 1966), Marlies Selter, Niederdorfelden, LK Hanau (12. 12. 1966), Ingrid Manger, Dillenburg (6. 12. 1966), Barbara Gigling, Mottgers, LK Schlüchtern (22. 12. 1966), Ingrid Trott, Mittelbuchen, LK Hanau (30. 11. 1966), Mechthild Becker, Eschhofen, LK Limburg (15. 12. 66), Waltraut Tutenberg, Wiesbaden (28. 12. 1966), Inge Henche, Wiesbaden (23. 12. 1966), Elis. Kortus, Usingen (9. 12. 1966), Hildeg. Lemberg, Wiesbaden (22. 12. 1966), Elenore Eifert, Allendorf (Dillkr.) (28. 10. 1966), Anneliese Meyer, Frankfurt am Main (1. 9. 1966), Elis. Stadter, Frankfurt am Main (5. 9. 1966), Maria Meeßen, Frankfurt am Main (2. 11. 1966), Hildeg. Kurth, Frankfurt am Main (14. 10. 1966), Ingeborg Both, Wiesbaden (29. 10. 1966), Christa Hellmiß, Frankfurt am Main (3. 10. 1966), Irmg.-Helga Lickmann, Frankfurt am Main (17. 9. 1966), Gerda Sieber, Sinn (Dillkr.) (15. 11. 1966), Eva Becker, Salmünster, LK Schlüchtern (17. 11. 1966), Ingeborg Bock, Garbenheim, LK Wetzlar (7. 11. 1966), Hannelore Heurich, Herborn (Dillkr.) (4. 11. 1966), Helga Wieland, Schwarzenfels, LK Schlüchtern (1. 9. 1966), Christa Wegwart, Bad Soden, LK Schlüchtern (1. 9. 1966), Johanna Maschtowski, Windecken, LK Hanau (30. 8. 1966), Marie-Luise Strauß, Frankfurt am Main (28. 10. 1966), Käthe Bindel, Langenaubach (Dillkr.) (7. 11. 1966), Margarita Friedland, Oberursel, LK Oberaunus (25. 8. 1966), Ingrid Kumpf, Hausen, LK Untertaunus (22. 8. 1966), Kläre Eberhard, Frankfurt am Main (17. 8. 1966), Gerda Facius, Seidenroth, LK Schlüchtern (8. 8. 1966), Sigrid Zimmermann, Großkrotzenburg, LK Hanau (20. 8. 1966), Wilhelmine Hildebrand, Schlüchtern (8. 8. 1966),

Elis. Vökler, Jossa, LK Schlüchtern (16. 8. 1966), Renate Lotz, Eidengesäß, LK Gelnhausen (5. 8. 1966), Maria Losse, Oberursel, LK Oberaunus (31. 8. 1966), Brigitte Schmied, Camberg, LK Limburg (31. 8. 1966), Margot Vanderbeke, Frankfurt am Main (27. 8. 1966), Christiane Cataldi, Dillenburg (31. 8. 1966), Barbara Prochnow, Holzhausen, LK Biedenkopf (23. 8. 1966), Wilma Wollmert, Dillenburg (19. 8. 1966), Annemarie Stendel, Hanau (19. 8. 1966), Brigitte Schön, Frankfurt am Main (27. 8. 1966), Ilse Loße, Niederscheld (Dillkr.) (24. 8. 1966), Doris Wahl, Salmünster, LK Schlüchtern (23. 4. 1966), Adele Essigmann, Frankfurt am Main (8. 6. 1966), Maren Breitsprecher, Frankfurt am Main (27. 5. 1966), Annemarie Kämnitz, Wiesbaden (14. 6. 1966), Eva Hagert, Steinau, LK Schlüchtern (5. 7. 1966), Margot Schirdewan, Frankfurt am Main (25. 5. 1966), Bärbel Lambrix, Tiefenbach, LK Wetzlar (16. 6. 1966), Ilse Kulik, Frankfurt am Main (27. 5. 1966), Heinke Kilian, Frankfurt am Main (11. 6. 1966), Johanna Lettau, Frankfurt am Main (14. 5. 1966), Karin vorm Walde, Frankfurt am Main (11. 5. 1966), Johanna van den Speulhof, Frankfurt am Main (20. 5. 1966), Gisela Geppert, Bischofsheim, LK Hanau (17. 8. 1966), Margot Peschel, Rükkingen, LK Hanau (23. 8. 1966), Ingrid Schott, Steinbach, LK Oberaunus (23. 8. 1966), Brigitte Neumann, Kassel, LK Gelnhausen (18. 8. 1966), Charlotte Koch, Hanau (16. 8. 1966), Hilde Lautzsch, Gräveneck, LK Oberlahn (19. 8. 1966), Christine Juretzek, Kelkheim, LK Maintaunus (18. 8. 1966), Gertrud Glatz, Frankfurt am Main (7. 9. 1966), Elfriede Harder, Flörsheim, LK Maintaunus (8. 9. 1966), Irmgard Metz, Wiesbaden (6. 9. 1966), Henriette Pütt, Hochheim, LK Maintaunus (7. 9. 1966), Maria Schlegel, Hattersheim, LK Maintaunus (10. 9. 1966), Hannelore Upplieger, Mammolshain, LK Oberaunus (30. 8. 66), Heike Euler, Eddersheim, LK Maintaunus (1. 10. 1966), Angelika Michel, Wiesbaden (18. 10. 1966), Barbara Eigendorf, Katzenfurt, LK Wetzlar (29. 9. 1966), Helene Pfaff, Merkenbach (Dillkr.) (29. 9. 1966), Gisela Bunk, Gladenbach, LK Biedenkopf (8. 9. 1966), Ute Werner, Wiesbaden (19. 10. 1966), Heide Resag, Frankfurt am Main (13. 10. 1966), Gertraude Rohrsdorf, Frankfurt am Main (21. 10. 1966), Eva-Maria Krause, Frankfurt am Main (31. 8. 1966), Felicitas Jäger, Frankfurt am Main (10. 9. 1966), Leonhard Sieber, Lahr, LK Limburg (8. 6. 1966), Fritz Mann, Donsbach (Dillkr.) (4. 6. 1966), Bruno Ehlert, Lindenholzhausen, LK Limburg (13. 7. 1966), Emanuel Linkert, Frankfurt am Main (15. 6. 1966), Emil Beutel, Vollmerz, LK Schlüchtern (15. 7. 1966), Günter Hick, Frankfurt am Main (15. 7. 1966), Reinhold Landgraf, Salmünster, LK Schlüchtern (26. 7. 1966), Werner Star, Frankfurt am Main (25. 5. 1966), Günter Köppe, Gelnhausen (1. 8. 1966), Wolfgang Hensel, Neuwiedermuß, LK Hanau (24. 8. 1966), Willfried Langscheid, Gelnhausen (22. 8. 1966), Jürgen Schwab, Marjoß, LK Schlüchtern (16. 8. 1966), Hermann Anhalt, Somborn, LK Gelnhausen (17. 8. 1966), Klaus Reuter, Runkel, LK Oberlahn (12. 8. 1966), Eduard Köhler-Roth, Idstein, LK Untertaunus (17. 8. 1966), Alois Steininger, Frankfurt am Main (5. 8. 1966), Ulrich Veltz, Kiedrich/Rhg. (20. 8. 1966), Rudolf Metschan, Gondsroth, LK Gelnhausen (17. 8. 1966), Harry Schaller, Hanau (8. 8. 1966), Günther Fricke, Wörsdorf, LK Untertaunus (8. 8. 1966), Walter Grünert, Daisbach, LK Untertaunus (12. 8. 1966), Günter Klee, Eschborn, LK Maintaunus (22. 8. 1966), Sieghard Spies, Hochheim, LK Maintaunus (8. 9. 1966), Gerhard Beck, Werschau, LK Limburg (29. 8. 1966), Egon Grasop, Frankfurt am Main (3. 9. 1966), Gerd Kleser, Wiesbaden (21. 9. 1966), Ernst Bergen, Bad Soden, LK Maintaunus (18. 10. 1966), Heinrich Wirth, Rükkingen, LK Biedenkopf (25. 10. 1966), Harry Sieber, Sinn (Dillkr.) (28. 10. 1966), Horst Stubenrauch, Frankfurt am Main (2. 11. 1966), Werner Strauß, Frankfurt am Main (21. 9. 1966), Walter Moos, Frankfurt am Main (7. 10. 1966), Erich Jacobi, Frankfurt am Main (11. 11. 1966), Elsa Herguth, Frankfurt am Main (11. 11. 1966), Kurt Becker, Steinbrücken (Dillkr.) (25. 10. 1966), Karl Wittmann, Frankfurt am Main (1. 10. 1966), Ulrich Dickmann, Altenmittlau, LK Hanau (17. 8. 1966), Harry Bindel, Langenaubach (Dillkr.) (7. 11. 1966), Karl Fernschild, Langenselbold, LK Hanau (17. 8. 1966), Walter Hartmann, Hofheim, LK Maintaunus (21. 11. 1966), Erich Kroha, Rittershausen (Dillkr.) (21. 11. 1966), Reinhard Schultz, Hörbach (Dillkr.) (10. 11. 1966), Gerhard Ruthe, Hanau (6. 12. 1966), Walter Schnorr, Nauborn, LK Wetzlar (2. 12. 1966), Gerd Scheewe, Nauborn, LK Wetzlar (5. 12. 1966), Werner Walter, Rükkingen, LK Hanau (7. 12. 1966), Reinhard Wehnert, Niederissigheim, LK Hanau (7. 12. 1966), Claus Oberländer, Ravalzhausen, LK Hanau (5. 12. 1966), Kurt Spielmann, Wetzlar (12. 12. 1966), Fritz Hellmann, Anspach, LK Usingen (9. 12. 1966), Wilhelm Hunold, Köppern, LK Oberaunus (16. 1. 1967), Horst Schellhorn, Wächtersbach, LK Gelnhausen (16. 1. 1967), Fritz Kerstin,

Frankfurt am Main, (11. 11. 1966), Gerhard Lomb, Wetzlar (16. 1. 1967), Gottfried Echtermeyer, Hochstadt, LK Hanau (12. 1. 1967), Helge Schmidt, Wambach, LK Untertaunus (19. 1. 1967), Klaus Hampe, Frankfurt am Main (23. 12. 1966), Jürgen Dittrich, Schlüchtern (18. 1. 1967), Friedrich Häfner, Langenselbold, LK Hanau (25. 1. 1967), Rudolf Wagner, Emmerhausen, LK Usingen (20. 1. 1967), Wolf Eberhard Klemm, Frankfurt am Main (27. 1. 1967), Richard Ganteführer, Geisenheim/Rhg. (31. 1. 1967), Kurt Weigel, Wiesbaden (1. 2. 1967), Hermann Tschakert, Bleidenstadt, LK Untertaunus (10. 2. 1967);

die früheren Lehrerinnen Hedwig Walter, Schwalbach, LK Maintaunus (24. 10. 1966), Lieselotte Prellwitz, Frankfurt am Main (28. 10. 1966), die bisherige Lehrerin z. A. in Niedersachsen Irene Wieland, Frankfurt am Main (1. 10. 1966), die Lehrkr. i. Ang.-Verh. Ingrid Lieser, Wiesbaden (17. 1. 1967), Mathilde Schulz, Wiesbaden (16. 1. 1967), Ursula

Popendiker, Wiesbaden (24. 11. 1966), Erika Erics Wiesbaden (29. 8. 1966);

Wiesbaden, 1. 3. 1967

Der Regierungspräsident
II 2 a — 59 —
St.Anz. 12/1967 S. 363

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Regierungssekretär Manfred Cöster, Arbeitsgericht Gießen
(25. 2. 1967).

Frankfurt am Main, 1. 3. 1967

Der Präsident des Landesarbeitsgerichts
Az.: 55 f 276

St.Anz. 12/1967 S. 365

289

DARMSTADT

Verlängerung der Jagdzeit für Fasanenhähne

Gemäß § 20 der Durchführungsverordnung vom 23. 5. 1962 zu § 23 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz genehmige ich den Abschluß von Fasanenhähnen im Bereich des Hessischen Forstamtes Konradsdorf, Verwaltungsjagdbezirk Lißberg, bis einschließlich 31. 3. 1967.

Darmstadt, 22. 2. 1967

Der Regierungspräsident
IV/4 J 41

St.Anz. 12/1967 S. 365

Regierungspräsidenten

(GVBl. I S. 77) ihre Zustimmung erteilt hatte, habe ich mit Bescheid vom 22. 2. 1967 — Az.: I/1b — 25 d 04/11 (2) — 29 — gemäß § 9 des vorgenannten Gesetzes die „Marie-von-Oriola-Stiftung“ zu Büdesheim, Kreis Friedberg, mit der Maßgabe aufgehoben, daß das der Evangelischen Kirchengemeinde in Büdesheim zufallende Stiftungsvermögen zur Errichtung eines neuen Evangelischen Schwesternhauses in Büdesheim, das den Namen „Marie-von-Oriola-Haus“ erhalten soll, verwendet wird.

Darmstadt, 2. 3. 1967

Der Regierungspräsident
St.Anz. 12/1967 S. 365

290

Bekanntmachung über die Aufhebung der „Marie-von-Oriola-Stiftung“ zu Büdesheim, Kreis Friedberg

Der Evangelische Kirchenvorstand zu Büdesheim, Kreis Friedberg, hat als Vorstand der „Marie-von-Oriola-Stiftung“ zu Büdesheim die Aufhebung der Stiftung beantragt, weil der Stiftungszweck wegen wesentlicher Änderung der Verhältnisse nicht mehr zu erfüllen ist.

Nachdem die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau — Kirchenverwaltung — in Darmstadt zu der Aufhebung der „Marie-von-Oriola-Stiftung“ gemäß § 20 Abs. 2 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966

291

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der am 4. April 1966 von dem Regierungspräsidenten — Einsatzleitung der Schutzpolizei — in Darmstadt unter der Nummer 2777 ausgestellte Polizei-Dienstausweis des Polizeihauptwachtmeisters Rolf-Dieter Bansenmer ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 28. 2. 1967

Der Regierungspräsident
I/3 S/6 — 7 g 04
St.Anz. 12/1967 S. 365

Buchbesprechungen

Wassersicherstellungsgesetz, Kommentar von J. von Jouanne, Ministerialrat im Bundesministerium für Gesundheitswesen, 1967, 355 S. DIN A 5, kart. DM 24.—. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, 8 München 5, Rumfordstraße 21.

Dem Verfasser, der Ritter des Aachener Ordens wider den tierischen Ernst ist, gebührt der Verdienst, daß sein Kommentar zum Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965 (BGBl. I S. 1225) zuerst erschienen ist. Wie bereits in der Fachpresse angekündigt wurde, ist in Kürze mit dem Erscheinen eines weiteren Kommentars zu diesem Gesetz von Roth und Dickenbrok, beide ebenfalls aus dem Bundesministerium für Gesundheitswesen in Bad Godesberg, zu rechnen. Der Verfasser teilt in seinem Vorwort selbst mit, daß es sich um einen Referentenkommentar handelt. Ihm standen bei der Bearbeitung Fachkennner aus den Gebieten der Wasserhygiene, der Wasserversorgung, des Abwasserwesens und der Stauanlagen zur Seite. Dies ist deshalb besonders bemerkenswert, weil gerade auf dem Gebiete des Rechts der Wasserwirtschaft, wie auf kaum einem anderen Sektor, ein starkes Ineinandergreifen mit anderen technischen und sonstigen wissenschaftlichen Disziplinen zu verzeichnen ist und Aufgaben in diesem Bereich nur durch Teamarbeit gelöst werden können.

Das Wassersicherstellungsgesetz ist eines der bereits erlassenen § Notstandsgesetze. Zweck des Gesetzes ist es, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Maßnahmen getroffen werden können, die auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft im Falle und für Zwecke der Verteidigung erforderlich sind. Insbesondere soll schon in Friedenszeiten Vorsorge für Maßnahmen getroffen werden, die dem Schutze und der Vorsorge der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte im Verteidigungsfall dienen.

Im einzelnen soll das Gesetz die Versorgung der zivilen Bevölkerung und der Streitkräfte mit dem lebensnotwendigen Bedarf an Trinkwasser, dem Bedarf der Wirtschaft mit Betriebswasser, die Ableitung und Behandlung des Abwassers zur Abwendung gesundheitlicher Gefahren, den Schutz gegen Überflutungen sowie das Füllen und Entleeren von Wasserspeicheranlagen usw. sicherstellen. Es ist auch für den Laien verständlich, daß die Aufgaben dieses Gesetzes nur dann erfüllt werden können, wenn bereits jetzt die dazu notwendigen Planungen und Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen richtet

sich nach Planungen, die die Landkreise und die kreisfreien Städte aufzustellen haben. Damit sind im Wassersicherstellungsgesetz auch die Instanzen mit dieser wichtigen Aufgabe betraut, die für die meisten Anliegen der zivilen Verteidigung zuständig sein werden. Diese Vorsorgemaßnahmen berühren ebenso die Interessen sämtlicher Einrichtungen der öffentlichen und privaten Wasserwirtschaft. Das Gesetz sieht deshalb auch vor, daß die im Zuge dieser Maßnahmen errichteten Einrichtungen einer friedensmäßigen Nutzung zugeführt werden können.

Nach dem kurzgehaltenen Vorwort folgen im vorliegenden Kommentar Inhaltsverzeichnis, das Literatur- und Abkürzungsverzeichnis. Sodann ist der Text des Wassersicherstellungsgesetzes abgedruckt. Im Anschluß daran erläutert der Verfasser das Gesetz, wobei er jeweils seiner Kommentierung die Entstehungsgeschichte der einzelnen Bestimmungen voranstellt. Es folgt dann der auszugsweise Abdruck von neuen Gesetzen, auf die das Wassersicherstellungsgesetz verweist. Dabei hat aber der Verfasser davon abgesehen, auch die in Frage kommenden Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und der Länderwassergesetze abzudrucken, was vielleicht mit Rücksicht auf die §§ 5 und 6 des Wassersicherstellungsgesetzes zweckmäßig gewesen wäre. Nützlich wäre hier auch der Abdruck einzelner Vorschriften des Schutzbaugesetzes und des Ernährungssicherstellungsgesetzes gewesen, soweit sie wasserwirtschaftliche Regelungen enthalten. Besonders erwähnt zu werden verdient das sehr ausführliche Sachregister, welches das Werk abschließt. Mit ihm ist es auch Laien ohne besondere Gesetzeskenntnis möglich, das zu finden, was sie suchen.

Die Erläuterungen des Verfassers sind recht ausführlich, seine Ausdrucksweise ist verständlich. Die Kommentierung läßt fundierte Sachkenntnis sowie Überblick über die Zusammenhänge erkennen. Da die auf Grund der §§ 3, 11, 12 und 13 des Wassersicherstellungsgesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen noch nicht veröffentlicht sind und sich noch in der Bearbeitung befinden, konnte ein Abdruck derselben nicht erfolgen. Der Verfasser hat aber die bereits vorhandenen Materialien, die ihm zur Verfügung standen, in den Erläuterungen verwertet.

Alles in allem kann der Kommentar als ein für die Verwaltungspraxis brauchbares, auch für den Laien geeignetes Werk angesprochen werden.
Oberregierungsrat Friedrich Karl Schneider

Veröffentlichungen

913

Widmung der neugebauten Strecke in den Gemarkungen Maibach und Langenhain als Teilstrecke der Kreisstraße 15 von Kreisstraße 15 (Maibach) bis Kreisgrenze in Richtung Wernborn, Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt

Die in den Gemarkungen Maibach und Langenhain, Landkreis Friedberg (Hessen), Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Straße

von km 0,003 (= km 1,977 der K 15) bis km 0,892 (= Kreisgrenze) = 0,889 km, wird mit Wirkung vom 1. April 1967 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I, S. 437).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teilstrecke der Kreisstraße 15.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Kreisausschuß des Landkreises Friedberg (Hessen) in Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 136, einzulegen.

636 Friedberg (Hessen), 6. 3. 1967

Milius, Landrat

914

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der in Verlust geratene Dienstausweis Nr. 194 des Polizeimeisters Wilhelm Vollrath, ausgestellt am 1. 7. 1962 vom Polizeipräsidentium Offenbach (Main), wird hiermit für ungültig erklärt.

605 Offenbach (Main), 3. 3. 1967

Der Oberbürgermeister

Gerichtsangelegenheiten

915

Aufgebote

F 1/67 — **Aufgebot:** Der Landwirt Ernst Bauer, 6431 Kathus (Krs. Hersfeld), Haus Nr. 66, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Kathus, Band 9, Blatt 340, eingetragenen und in Kathus belegenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 17, Acker, im Baumgarten, Größe 43,85 Ar, Wald (Holzung), Größe 3,50 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 18, Ackerland, das Seeloch, Größe 49,46 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 19, Wald (Holzung), Größe 29,46 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 20, Wald (Holzung), Größe 24,82 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 4, Flurstück 21, Wasserfläche (Teich), Größe 20,94 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Der im Grundbuch bisherige eingetragene Eigentümer Geigenkünstler Ernst Heinrich Bauer in New York ist verstorben.

Die derzeitigen Eigentümer werden aufgefordert spätestens in dem auf Dienstag, den 20. Juni 1967, um 10.00 Uhr, Zimmer 17, vor dem hiesigen Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, ansonsten ihre Ausschließung erfolgen wird.

643 Bad Hersfeld, 7. 3. 1967

Amtsgericht

916

3 F 1/67 — **Aufgebot:** Die Witwe Anna Friedrich, geb. Bernciser in Elz, Oberdorfstraße 45, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Elz, Band 16, Blatt 623, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Elz, Flur 37, Flurstück 411/128, Ackerland, auf der Wambach, 6,04 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer: Die Eigentumserben des verstorbenen Heinrich Unkelbach und dessen Witwe Katharina, geb. Eufinger, jetzt Ehefrau des Tagelöhners Josef Friedrich, in Elz, kraft Nassauischer Errungenschaftsgemeinschaft, werden aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, den 29. Mai 1967, um 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 7, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6253 Hadamar, 23. 2. 1967

Amtsgericht

917

3 F 2/67 — **Aufgebot:** Frau Frieda Mais in Elz, Offheimer Straße, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer der im Grundbuch von Elz, Band 35, Blatt 1361, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Elz, Flur 7, Flurstück 427/160, Grünland, auf der Wied, Größe 8,24 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Elz, Flur 7, Flurstück 426/160, Grünland, auf der Wied, Größe 7,99 Ar, und

lfd. Nr. 3, Gemarkung Elz, Flur 7, Flurstück 425/160, Grünland, auf der Wied, Größe 8,14 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch zu $\frac{1}{3}$ eingetragenen Miteigentümer: 1. Ehefrau Maria Klein, geb. Sabel, in Lindenholzhausen, zu $\frac{1}{3}$; 2. Ehefrau des Schreiners Jakob Stein, Elisabeth, geb. Sabel, daselbst, zu $\frac{1}{3}$, werden aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, den 29. Mai 1967, um 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 7, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6253 Hadamar, 23. 2. 1967

Amtsgericht

918

F 3/67 — **Aufgebot:** Der Hilfsarbeiter Josef Höfer aus Rasdorf, Blinde Gasse 1, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Rasdorf, Band 19, Blatt 697, eingetragenen Grundstücks,

Gemarkung Rasdorf, Flur 15, Flurstück 73, Hof- und Gebäudefläche, Blingasse, Haus Nr. 60, Größe 0,57 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragene Eigentümerin, Witwe des Tageelöhners Philipp Bittdorf, Therese, verw. Lohfink, geb. Spiegel, in Rasdorf, wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. Juni 1967, um 9.15 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 3. 3. 1967

Amtsgericht

919 Güterrechtsregister

GR 220 — 7. 3. 1967: Die Eheleute: Studienrat Dieter Wolf und Sonja Anna, geb. Müller, beide in Dieburg, haben durch Vertrag vom 26. Januar 1967 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 7. 3. 1967

Amtsgericht

920

8 GR 512 — 9. 3. 67: Student Volker Sahm und Ehefrau Brigitte, geb. Kuntze, Eschwege, Reichensächser Straße 31.

Durch Vertrag vom 3. 11. 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

344 Eschwege, 10. 3. 1967

Amtsgericht

921

GR II 256a — 9. 3. 1967: Malermeister Waldemar Alfred Paul Lepke und Frieda Klara, geb. Schikora, beide in Burgholzhausen v. d. H.

Durch Ehevertrag vom 14. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (Hessen), 9. 3. 1967

Amtsgericht

922

GR 1956 — 28. 2. 1967: Eheleute: Ingenieur Wilhelm Roeben und Elisabeth, geb. Schellhoff, Gießen.

Durch Vertrag vom 30. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 10. 3. 1967

Amtsgericht

923

GR 378: Eheleute Molkereiarbeiter Werner Rauner und Ida, geb. Hahn, in Wallings (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 12. Januar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 22. 2. 1967

Amtsgericht

924

GR 379: Eheleute Kraftfahrer Paul Theisenroth und Hedwig, geb. Meier, in Hünhan (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 11. Februar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehe-

gatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 7. 3. 1967 **Amtsgericht**

925

GR 380: Eheleute Elektriker Josef Hermann Lauer und Rosa Theresia, geb. Brehl, in Silges (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 1. Februar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 7. 3. 1967 **Amtsgericht**

926

GR 381: Eheleute Beamter i. BGS August Korus und Erika Dora, geb. Rübenstahl, in Gruben (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 9. Februar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 7. 3. 1967 **Amtsgericht**

927

GR 346 — 9. 3. 1967: Berger, Joachim Florian, Kaufmann in Oberbrechen, und Ulrike, geb. Eller.

Durch notariellen Vertrag vom 10. Januar 1967 ist die Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

625 Limburg (Lahn), 9. 3. 1967

Amtsgericht

928

Neueintragung

GR IV Nr. 39: Fabry, Raymond, Architekt, und Marianne Fabry, geb. Wassum, wohnhaft in Vielbrunn.

Durch notariellen Ehevertrag vom 2. 1. 1967 ist der Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 27. 2. 1967

Amtsgericht

929

Neueintragung

GR IV Nr. 40: Ihrig, Adam, Handelsvertreter, und Sofie Charlotte Gerda Ihrig, geb. Schröder, wohnhaft in Erbach (Odw.).

Durch notariellen Ehevertrag vom 9. 1. 1967 ist der Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 27. 2. 1967

Amtsgericht

930

GR 291: Kaufmännischer Angestellter Erwin Zulauf, geb. 27. 2. 1938, und Ehefrau Käthe Anneliese Maria, geb. Schul, geb. 23. 2. 1939, in Weißenborn (Krs. Ziegenhain).

Durch Vertrag vom 26. Januar 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 7. März 1967.

6435 Oberaula, 8. 3. 1967

**Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

931

Neueintragung

GR 280 — 6. 3. 1967: Eheleute: Maschinenbauer Dietmar Hans Sperlich und Irene Sperlich, geb. Schächer, beide wohnhaft in Oestrich (Rhg.), Elisabethweg 1.

Durch notariellen Vertrag vom 7. November 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

622 Rüdeshelm (Rhein), 6. 3. 1967

Amtsgericht

932 Nachlasssachen

Beschluß

51 VI 172/67: In der Nachlasssache nach dem am 26. 12. 1966 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Fahrgasse 4, wohnhaft gewesenen Innenarchitekten Jean Valentin Eduard Estenfeld, wird die Verwaltung des Nachlasses angeordnet und Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Robert Kühlewein, Frankfurt (Main), Oederweg 2-4, Tel.: 55 84 40, zum Nachlassverwalter bestellt.

6 Frankfurt (Main), 6. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 51

933 Vereinsregister

Veränderung

6 VR 145 — 1. 3. 1967: Kleingärtnerverein „Schützengraben“ Eschwege.

Der Name ist geändert in Kleingärtnerverein „Schützengraben im Löfflersgrund“ Eschwege.

344 Eschwege, 9. 3. 1967 **Amtsgericht**

934

41 VR 282 — 6. 3. 1967: Regatta-Verein Mittel-Main eingetragener Verein; Sitz: Hanau (Main).

645 Hanau, 6. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 41

935 Neueintragung

VR 13 — 8. 3. 1967: Kreis der Freunde und Förderer der Paul-Gerhardt-Schule in Laubach (Oberhessen), e. V.

6312 Laubach, 8. 3. 1967 **Amtsgericht**

936 Neueintragung

VR 596 — 8. März 1967: Männergesangsverein „Frohsinn 1887“ Sterzhausen; Sitz: Sterzhausen, Krs. Marburg (Lahn).

355 Marburg (Lahn), 8. 3. 1967

Amtsgericht

937 Neueintragung

VR 597 — 8. März 1967: Fußballverein FC Weipoltshausen; Sitz: Weipoltshausen (Krs. Marburg).

355 Marburg (Lahn), 8. 3. 1967

Amtsgericht

938

VR 141 — 18. 2. 1967: Verband der Lohnsteuerzahler; Sitz: Oestrich (Rhg.).

622 Rüdeshelm (Rhein), 8. 3. 1967

Amtsgericht

939 Neueintragung

VR 48: Sportfischereiverein „Petri Heil“ e. V., Rommershausen-Dittershausen, Rommershausen.

3578 Treysa, 6. 3. 1967

Amtsgericht

940 Vergleiche — Konkurse

4 VN 1/67 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Helmut Schwab in Alsbach, Hochstraße 9, ist am 8. März 1967, um 10.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Zum Vergleichsverwalter wurde Rechtsanwalt und Notar Hans Klimm in Hepenheim, Karlstraße 9, ernannt.

Vergleichstermin ist bestimmt auf den 5. Mai 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203.

Die Verflechtung

beim...
dung ist...
gleichsverwal...
sen geltend gemac...
ihrem bis 7. März 1967...
betrag anzumelden.

Der Eröffnungsantrag nebst...
und das Ermittlungsergebnis können auf
der Geschäftsstelle des Amtsgerichts ein-
gesehen werden.

Das gegen den Schuldner erlassene all-
gemeine Veräußerungsverbot und die ihm
auferlegten weiteren Beschränkungen blei-
ben bestehen.

614 Bensheim, 8. 3. 1967 **Amtsgericht**

941

81 N 72/67 — Konkursverfahren: Über
das Vermögen der Gesellschaft für allge-
meinen Hoch-, Tief- und Straßenbau
mbH., Frankfurt (Main), Freiherr-vom-
Stein-Straße 13, wird heute, am 9. März
1967, um 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr.
W. Schaaf, Frankfurt (Main), Rennbahn-
straße 6, Tel. 67 33 57.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 4.
1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem
bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei
Gericht anzumelden. Erste Gläubigerver-
sammlung mit Tagesordnung nach §§ 80,
87 II, 132, 134, 137 KO am: 21. April 1967,
um 10.45 Uhr, Prüfungstermin: 5. Mai 1967,
um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frank-
furt (Main), Große Friedberger Straße 7
bis 11, V. Stock, Zimmer 507. Offener
Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. April
1967 ist angeordnet

6 Frankfurt (Main), 10. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

942

Beschluß

81 N 354/66: In dem Konkursverfahren
über das Vermögen der Pelamm Rauch-
warengroßhandlung GmbH., Frankfurt
(Main), Niddastraße 56-58, ist zur Prüfung
der nachträglich angemeldeten Forderun-
gen Termin auf Freitag, den 14. April
1967, um 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht in
Frankfurt (Main), Große Friedberger
Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anbe-
raumt.

6 Frankfurt (Main), 6. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

943

Beschluß

81 N 276/64: In dem Konkursverfahren
über das Vermögen der Firma Jean Haen-
sel GmbH., Frankfurt (Main), Ulmen-
straße 22, wird die Schlußverteilung ge-
nehmigt und zur Abnahme der Schluß-
rechnung und Erhebung von Einwändun-
gen gegen das Schlußverzeichnis anbe-
raumt auf den 14. April 1967, um 9.00 Uhr,
vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main),
Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock,
Zimmer 507.

Für den Konkursverwalter werden fest-
gesetzt mit der Verpflichtung der An-
rechnung bereits bewilligter Vorschüsse
auf Vergütung und Auslagen: Vergütung
8000,— DM, Auslagen 1984,46 DM,

6 Frankfurt (Main), 1. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

81 VN 3/67 — Vergleichsverfahren: Der Kaufmann Karl Roleff, Inhaber der Firma Karl Roleff, Textilfabrikation, Frankfurt (Main), Weißfrauenstraße 14-16, hat durch einen am 1. 3. 1967 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Hans Revermann, Schwalbach (Taunus), Pfingstbrunnenstraße 5; Tel.: (915) 8 17 37, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

6 Frankfurt (Main), 1. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

*

81 VN 3/67 — Ergänzungsbeschluss: In dem obigen Vergleichsantragsverfahren wird in Ergänzung des Beschlusses vom 1. 3. 1967 gemäß §§ 12, 57 Vergl.O. angeordnet, daß der Schuldner Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetriebe gehören, nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters eingehen darf und die Eingehung von Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, zu unterlassen hat, wenn der Verwalter dagegen Einspruch erhebt, ferner, daß der Schuldner auf Verlangen des Verwalters zu gestatten hat, daß alle eingehenden Gelder nur vom Verwalter entgegengenommen und Zahlungen nur vom Verwalter geleistet werden.

6 Frankfurt (Main), 2. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

945

81 N 83/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Herrn Heinrich Leder, Baudekorateur, Frankfurt (Main), Humboldtstraße 69, und Eckenheimer Schulstraße 18, wird heute, am 6. März 1967, um 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Masche, Frankfurt (Main), Zeil 65-69; Tel.: 28 58 24.

Konkursforderungen sind bis zum 5. 4. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 7. April 1967, um 11.30 Uhr; Prüfungstermin: 21. April 1967, um 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. März 1967 ist angeordnet.

3 Frankfurt (Main), 7. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

946

5 VN 1/67 — 6. 3. 1967: Vergleichsverfahren: Der Fabrikant Willy Pfeifer in Gersfeld, Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma MAFAG, Maschinenfabrik Gersfeld, Willy Pfeifer in Gersfeld, und Wilh. Hartmann & Co., Sägen- und Werkzeugfabrik in Fulda, hat durch heute eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung

des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt und Notar Otto Fuhlrott in Gersfeld zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Verbindlichkeiten, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetriebe gehören, darf der Schuldner nur mit Zustimmung des Vergleichsverwalters eingehen. Auch die Eingehung von Verbindlichkeiten, die zum gewöhnlichen Geschäftsbetriebe gehören, hat er zu unterlassen, wenn der Verwalter dagegen Einspruch erhebt (§§ 11, 57, Abs. 1 Vergl.O.).

64 Fulda, 6. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 5

947

50 N 17/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Bauunternehmers Eduard Werner, Kassel, Friedrichsplatz 11, ist am 9. März 1967, um 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans-Klaus Görk, Kassel, Pfannkuchstraße 4.

Konkursforderungen sind bis zum 6. Mai 1967 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 13. April 1967, um 12.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 6. Juni 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. April 1967 anzeigen.

35 Kassel, 9. 3. 1967

Amtsgericht

948

9 N 4/67 — Anschlußkonkursverfahren: Der Antrag der Kaufrau Erika Krämer, geb. Feld, Königstein (Taunus), Ölmühlweg 13 (Hut Krämer), über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 6. März 1967, um 11.00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsbeistand Burghardt, Frankfurt (Main), wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 3. 1967 bei dem Gericht anzumelden, und zwar zweifach, mit bis zum 6. 3. 1967 ausgerechneten und ziffernmäßig angegebenen Zinsbeträgen. Die zum Vergleichsverfahren erfolgten Forderungsanmeldungen sind gegenstandslos.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Montag, den 3. April 1967, um 10.00 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den

8. Mai 1967, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Königstein (Taunus), Gerichtsstraße 2, 1. Stockwerk, Zimmer 111, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. 3. 1967 Anzeige zu machen.

624 Königstein (Taunus), 7. 3. 1967

Amtsgericht

949

Beschluß

N 17/66: In dem Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des am 13. 1. 1966 verstorbenen Ingenieurs Wilhelm Weiler, zuletzt wohnhaft in Willingen, Sportstraße 10, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 11. April 1967, um 10.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht — Zimmer 25 — bestimmt.

354 Korbach, 7. 3. 1967

Amtsgericht

950

7 N 2/58: Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Heinrich Pleč, Bibliis, Akt.Z.: 7 N 2/58 des Amtsgerichts Lampertheim.

Folgende Forderungen wurden angemeldet:

1. Nach § 61/1 Konkursordnung
DM 15 784,93
2. Nach § 61/2 Konkursordnung
DM 16 555,28
3. Nach § 61/3 Konkursordnung
DM 460,20
4. Nach § 61/4 Konkursordnung
DM 393,—
5. Die übrigen nicht bevorrechtigten Forderungen
DM 568 454,63

Anerkannt und zur Tabelle festgestellt wurden folgende Forderungen:

1. Nach § 61/1 Konkursordnung
DM 7 372,87
2. Nach § 61/2 Konkursordnung
DM 7 051,24
3. Nach § 61/3 Konkursordnung
DM 460,20
4. Nach § 61/4 Konkursordnung
DM 393,—
5. Die nicht bevorrechtigten Forderungen
DM 472 250,97

Befriedigt wurden die Forderungen nach § 61/1 in vollem Umfang und die nach § 61/2 in Höhe von 50%. Zur Verfügung stehen noch 6 617,57 DM.

Diese Veröffentlichung erfolgt gemäß § 151 Konkursordnung.

684 Lampertheim, 9. 3. 1967

Der Konkursverwalter:
Petry,
Rechtsanwalt

951

7 N 41/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. HEKO, Holz- und Kunststoffhandel GmbH., in Offenbach (Main), Marienstraße 12-14, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Nach Erfüllung der Vorrechtsforderungen der Klasse I sind zu berücksichtigen DM 18 001,20, Vorrechtsforderungen der Klasse II. Verfügbar sind DM 5 280,40. Die Quote beträgt 33%.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Offenbach niedergelegt.

605 Offenbach (Main), 9. 3. 1967
Frankfurter Straße 64

Der Konkursverwalter:
Schaaf,
Rechtsanwalt

952

7 N 41/66 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Gastwirtin Hilde Seyfert, geb. Dademasch, wohnhaft in Offenbach (Main), Großer Biergrund 19, wird heute, am 13. März 1967, um 11.45 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Karl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 61, Tel. 8 25 94.

Konkursforderungen sind bis zum 4. April 1967 unter Angabe des Betrages und des Grundes der Forderungen mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen zweifach anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 110, 132, 134 und 137 KO. Mittwoch, den 25. April 1967, um 10.00 Uhr, und Prüfungstermin: Mittwoch, den 10. Mai 1967, um 10.00 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 35. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 5. April 1967.

605 Offenbach (Main), 13. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

953

81 N 57/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma IWO Tiefkühltechnik GmbH., Frankfurt am Main, Feuerbachstraße 14, — Amtsgericht Frankfurt am Main, 81 N 57/66 — soll nach Abnahme der Schlußrechnung im Schlußtermin vom 28. April 1967 die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Der hierzu verfügbare Massenbestand beträgt 23 943,01 DM, von welchem noch die Massekosten, soweit sie noch nicht bekannt sind, zu bestreiten sind. Von diesem Massenbestand wird die einzige bevorrechtigte Forderung gemäß § 61 Ziffer 2 KO, die 3 860,66 DM beträgt, voll ausbezahlt werden.

Die nicht bevorrechtigten Gläubiger mit Forderungen in Höhe von 331 544,78 DM können hiernach mit einer Quote von rund 6% rechnen.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten aus.

6231 Schwalbach (Taunus), 13. 3. 1967

Der Konkursverwalter:
Hans Revermann,
Rechtsanwalt

954

Beschluß

3 N 11/66: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 23. 9. 1965 verstorbenen Karl-Heinz Erich Kramer in Groß-Rechtenbach wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der

Schlußtermin auf den 12. April 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 37, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 2 330,65 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 20,— DM festgesetzt.

633 Wetzlar, 9. 3. 1967

Amtsgericht

955

62 N 32/64: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Arthur Lemke aus Wiesbaden, Taunusstraße 31, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Wiesbaden (Aktz.: 62 N 32/64) niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 24 198,91 DM. Es ist ein Massebestand von DM 4348,45 verfügbar.

62 Wiesbaden, 11. 3. 1967

Der Konkursverwalter:
Zilcken,
Rechtsanwalt & Notar

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

956

Beschluß

4 K 6/66: Das im Grundbuch von Bad Schwalbach, Band 13, Blatt 389 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Schwalbach, Flur 16, Flurstück 62/119, Lieg.-B. 1376, Geb.-B. 175, Hf., Bahnhofstraße 3, Größe 4,24 Ar,

soll am 29. Mai 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 3. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Anna Dorothea Catta, geb. Scheinatzky, Bad Schwalbach, zu 1/2 Anteil; b)

dieselbe; c) Elektriker Heinz Catta; d) Elfriede Catta; zu b) bis d) in Erbengemeinschaft bezügl. der anderen Miteigentumshälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 56 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 25. 1. 1967

Amtsgericht

957

Beschluß

4 K 34/66: Die im Grundbuch von Wehen, Band 50, Blatt 1480, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehen, Flur 20, Flurstück 90/9, Bauplatz, Links des Hakerweges, Größe 6,47 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehen, Flur 20, Flurstück 90/10, Bauplatz, daselbst, Größe 1,57 Ar,

sollen am 8. Mai 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Neustraße Nr. 12, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 12. 66 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Josef Vogl, Wehen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 76 000,— DM. Die Grundstücke sind bebaut; sie bilden eine wirtschaftliche Einheit. Zuschlag wird nur im Gesamtausgebot erfolgen können.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 8. 3. 1967

Amtsgericht

958

4 K 6/67: Das im Erbbau-Grundbuch von Fehlheim, Band 10, Blatt 526, vermerkte Erbbaurecht an dem im Grundbuch von Fehlheim, Band 2, Blatt 160, auf den Namen des Benefiziat- und Schulfonds Bensheim (Benefizium) eingetragenen Grundstück,

Gemarkung Fehlheim, Flur 1, Flurstück 171, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 12, Größe 5,92 Ar,

soll am 21. Juni 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte des zu versteigernden Grundstücks am 6. Februar 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Christina Willwohl, geb. Brunnengräber, in Fehlheim.

Das Erbbaurecht ist auf die Dauer von 99 Jahren ab 14. Juni 1950 bestellt; sein Inhalt ergibt sich aus dem Erbbauvertrag vom 26. Januar 1950.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 8. 3. 1967

Amtsgericht

959

K 15/66: Die im Grundbuch von Niedereisenhausen, Band 28, Blatt 1039, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 13, Flurstück 62/3, Lieg.-B. 1329,

Hof- und Gebäudefläche, Auf der Au, Größe 4,18 Ar,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 13, Flurstück 62/5, Lieg.-B. 1329, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Au, Größe 8,20 Ar; Hutung, Auf der Au, Größe 11,86 Ar,

sollen am Montag, dem 22. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. Aug. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt und Baubetreuer Reinhold Husmann, in Niedereisenhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 24. 2. 1967

Amtsgericht

960

K 15/63: Das im Grundbuch von Dautphe, Band 10, Blatt 384 A, eingetragene Grundstück.

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Dautphe, Flur 2, Flurstück 107/11, Lieg.-B. 516, Hof- und Gebäudefläche, Unter der Linde 20, Größe 8,90 Ar,

zu 1/2 des Georg Schmidt,

soll am Montag, den 29. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße Nr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 11. 63 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schneidermeister Georg Schmidt in Dautphe zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 9. 3. 1967

Amtsgericht

961

61 K 23/66: Das im Grundbuch von Schneppenhausen, Band 27, Blatt 1304, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Schneppenhausen, Flur 1, Flurstück 14, Lieg.-B. 250, Hof- und Gebäudefläche, Schützenstraße 15, Größe 6,58 Ar,

soll am Donnerstag, den 18. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 4. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbinder Hermann Reininger in Schneppenhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 15. 2. 1967

Amtsgericht Abt. 61

962

Beschluß

8 K 42/66: Das im Grundbuch von Dillenburg, Band 44, Blatt 1760, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 7, Gemarkung Dillenburg, Flur 11, Flurstück 71/1, Hof- und Gebäudefläche, Hohl 3 und 3a, Größe 7,95 Ar,

soll am 24. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch

Zwangsvollstreckung, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 2a) Maurermeister Ernst Menz; b) Ehefrau des Bundesbahnsekretärs i. R. Erich Kriller, Emilie, geb. Menz; c) Ehefrau des Bundeswehroberfeldwebels Helmut Sohn, Gertrud, geb. Menz, zu 2a) bis c) wohnhaft in Dillenburg, Uferstraße, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 164 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 6. 3. 1967

Amtsgericht

963

Beschluß

8 K 31/66: Die im Grundbuch von Dillenburg, Band 50, Blatt 1931 A, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Dillenburg, Flur 14, Flurstück 87/82, Lieg.-B. 2058, Hof- und Gebäudefläche, Oranienstraße 10, Größe 1,82 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Dillenburg, Flur 14, Flurstück 86/32, Hof- und Gebäudefläche, Oranienstraße 12, Größe 5,04 Ar,

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Dillenburg, Flur 14, Flurstück 24, Hof- und Gebäudefläche, Oranienstraße 18, Größe 4,32 Ar,

Ifd. Nr. 10, Gemarkung Dillenburg, Flur 14, Flurstück 155/26, Hof- und Gebäudefläche, Oranienstraße 16, Größe 2,20 Ar,

sollen am 3. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 8. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauingenieur Ernst Rompf jun., in Dillenburg.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt zu Ifd. Nr. 1 auf 147 930,— DM; Nr. 2 auf 107 490,— DM; Nr. 8 auf 104 070,— DM; Nr. 10 auf 69 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 7. 3. 1967

Amtsgericht

964

K 3/66: Das im Grundbuch von Bellersdorf, Bezirk Bellersdorf, Band 12, Blatt 516, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bellersdorf, Flur 1, Flurstück 116/3, Lieg.-B. 378, Hof- und Gebäudefläche, auf der gebrannten Heck, Größe 7,58 Ar,

soll am 23. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Ehringshausen durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bergmann Helmut Becker, in Bellersdorf.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG gegenüber allen Beteiligten auf 70 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6332 Ehringshausen, 1. 3. 1967

Amtsgericht

965

84 K 32/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 38, Band 50, Blatt 2052, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 16, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 8, Gartenland, in der Wingertsgasse, Größe 3,99 Ar,

Ifd. Nr. 17, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 9, Gartenland, ebenso, Größe 1,90 Ar,

Ifd. Nr. 18, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 37, Gartenland, ebenso, Größe 7,48 Ar,

Ifd. Nr. 19, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 38, Gartenland, ebenso, Größe 4,60 Ar,

Ifd. Nr. 20, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 39, Gartenland, ebenso, Größe 4,09 Ar,

Ifd. Nr. 21, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 40, Gartenland, ebenso, Größe 3,04 Ar,

Ifd. Nr. 22, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 41, Gartenland, ebenso, Größe 2,42 Ar,

Ifd. Nr. 23, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 51, Gartenland, ebenso, Größe 4,30 Ar,

Ifd. Nr. 24, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 52, Gartenland, ebenso, Größe 4,18 Ar,

Ifd. Nr. 26, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 54, Gartenland, ebenso, Größe 4,77 Ar,

Ifd. Nr. 27, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 53/1, Gartenland, ebenso, Größe 3,19 Ar,

Ifd. Nr. 28, Gemarkung Frankfurt (Main) 38, Flur 45, Flurstück 53/2, Gartenland, ebenso, Größe 0,43 Ar,

am 6. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B. Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 132, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 6. 65 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kauffrau Elise Herkert, geb. Eichhorn, in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 699 120,— DM (je Quadratmeter 80,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 1. 3. 1967.

Amtsgericht, Abt. 84

966

84 K 82/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 37, Band 19, Blatt 812, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 37, Flur 9, Flurstück 87/1, Hof- und Gebäudefläche, Niederräder Landstraße 35, Größe 4,25 Ar,

am 10. Mai 1967 um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Okt. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ingenieur Josef Bader, Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 300 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 3. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 84

967

84 K 2/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Erbbau-Grundbuch von Bischofsheim, Band 59, Blatt 2193, eingetragene Erbbaurecht an den im Grundbuch von Bischofsheim, Band 840, eingetragenen Grundstücken,

lfd. Nr. 1231 und 1227, Gemarkung Bischofsheim, Flur 17, Flurstücke 16/5 und 16/4, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße, Größe 52,68 Ar und Größe 24,71 Ar, am 17. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 20. 1. 1965 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Roman Kretschmer in Hanau (Grundstückseigentümerin: St. Katharinen- und Weißfrauenstift in Frankfurt (Main)).

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 8. 3. 1967

Amtsgericht, Abt. 84

968

K 41/66: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Burg-Gräfenrode, Band 9, Blatt 369, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Burg-Gräfenrode, Flur 1, Flurstück 183/1, Lieg.-B. 301, Geb.-B. 24, Hof- und Gebäudefläche, Freihofstraße 14, Größe 5,64 Ar,

soll am Montag, 8. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 11. 66 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurermeister Leonhard Waxmann, Burg-Gräfenrode.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 19 320,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 22. 2. 1967

Amtsgericht

969

K 23/66: Die im Grundbuch von Heldenbergen, Band 24, Blatt 1303, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1 Gemarkung Heldenbergen, Flur 5, Flurstück 19, Lieg.-B. 1238, Ackerland, An der Erbstädter Hohl, Größe 81,28 Ar,

Nr. 2, Flur 5, Flurstück 20, Ackerland, daselbst, Größe 12,06 Ar,

Nr. 3, Flur 5, Flurstück 21, Ackerland, daselbst, Größe 17,55 Ar,

Nr. 4, Flur 5, Flurstück 22, Ackerland, daselbst, Größe 115,17 Ar,

Nr. 5 Flur 5, Flurstück 23, Ackerland, daselbst, Größe 0,93 Ar,

sollen am Montag, 29. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 8. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kauffrau Elise Herkert, geb. Eichhorn, in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:

für lfd. Nr. 1 auf 121 920,— DM

für lfd. Nr. 2 auf 18 090,— DM

für lfd. Nr. 3 auf 26 325,— DM

für lfd. Nr. 4 auf 172 755,— DM

für lfd. Nr. 5 auf 1 395,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 6. 3. 1967

Amtsgericht

970

Beschluß

K 7/65 — 6. 3. 67: Die im Grundbuch von Niedenstein, Blatt 801, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niedenstein, Flur 7, Flurstück 58/7, Lieg.-B. 528, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Wegelänge, Größe 18,73 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Niedenstein, Flur 7, Flurstück 58/6, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Wegelänge, Größe 23,38 Ar,

ferner das im Grundbuch von Niedenstein, Blatt 933, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niedenstein, Flur 7, Flurstück 57/1, Lieg.-B. 681, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Wegelänge, Größe 0,60 Ar, Hutung, Auf der Wegelänge, Größe 36,74 Ar,

ferner die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Niedenstein, Blatt 801, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 6 Gemarkung Niedenstein, Flur 7, Flurstück 58/17, Hofraum, Sengelsberger Weg 10, Größe 0,87 Ar,

sollen am 2. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 5. 1965 bzw. 13. 4. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): bezüglich lfd. Nr. 4, 5 und 1: Handelsvertreter Georg Albert in Niedenstein und dessen Ehefrau Hannelore Albert, geb. Winter, daselbst, je zur ideellen Hälfte, bezüglich der ideellen Hälfte des Grundstücks, lfd. Nr. 6: Handelsvertreter Georg Albert in Niedenstein. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

bezüglich lfd. Nr. 4 auf 200 000,— DM

dazu des toten Inventars 8 000,— DM

dazu des lebenden Inventars 9 000,— DM

bezüglich lfd. Nr. 5 auf 190 000,— DM

dazu des toten Inventars 16 000,— DM

dazu des lebenden Inventars 9 000,— DM

bezüglich lfd. Nr. 1 auf 200 000,— DM

dazu des toten Inventars 6 000,— DM

dazu des lebenden Inventars 12 000,— DM

bezüglich der ideellen Hälfte lfd. Nr. 6 auf 800,— DM

3580 Fritzlar, 6. 3. 1967

Amtsgericht

971

Beschluß

43 K 11/66: Das im Grundbuch von Lang-Göns, Band 44, Blatt 2172, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Lang-Göns, Flur 1, Flurstück 372/1, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 37, Größe 9,13 Ar,

soll am 25. Juli 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Landwirt Helmut Pfeffer, in Lang-Göns, zu 1/2; b) dessen Ehefrau Hildegard Pfeffer, geb. Jung, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 38 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 27. 2. 1967

Amtsgericht

972

2 K 34/65: Das im Grundbuch von Groß-Gerau, Band 67, Blatt 3641, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Groß-Gerau, Flur I, Flurstück 555/3, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Straße 34, Größe 5,80 Ar,

soll am 23. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 7. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): August Dönges und Ehefrau Lucia Dönges, geb. Wasenmüller, Groß-Gerau, Darmstädter Straße 34, Schätzwert: 239 640,— DM.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 20. 2. 1967

Amtsgericht

973

2 K 13/66: Das im Grundbuch von Hohenkirchen, Band 19, Blatt 650, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Calden, Flur 19, Flurstück 12/95, Hof- und Gebäudefläche, Schäferbergsiedlung, Größe 13,71 Ar,

soll am 16. Mai 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer Nr. 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl-Heinz Röhrig, in Hohenkirchen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 6. 3. 1967

Amtsgericht

974

Beschluß

K 8/66: Die im Grundbuch von Korbach, Band 131, Blatt 3823, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 1127, Hofraum, Lengefelder Str. 5, Größe 0,06 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 1128/2, Hof, Lengefelder Str. 5, Größe 8,53 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 1126/1, Hof, Lengefelder Str. 5, Größe 0,03 Ar,

sollen am 29. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Handelsvertreter Ludwig Bracht junior, in Korbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 28. 2. 1967

Amtsgericht

975

Beschluß

7 K 37/66: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Bürstadt, Band 87, Blatt 4342, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürstadt, Flur 6, Flurstück 352, Bauplatz, auf der Schanz, Größe 6,09 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Dez. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Valentin Gärtner und Ehefrau Gisela, geb. Daniel, zu 1/2, in Bürstadt.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 50 000,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Die Zwangsvollstreckung bezieht sich nur auf die Eigentumshälfte des Valentin Gärtner.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 23. 2. 1967

Amtsgericht

976

Beschluß

7 K 39/66: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Hofheim, Band 38, Blatt 2246, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hofheim, Flur 3, Flurstück 465, Hof- und Gebäudefläche, Im Riedgarten 9, Größe 5,56 Ar,

soll am Mittwoch, dem 17. Mai 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. Dez. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schön, Horst, Dachdecker, in Hofheim.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 85 500,— DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 3. 3. 1967

Amtsgericht

977

Beschluß

7 K 2/67: Das im Grundbuch von Simtshausen, Blatt 162, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Simtshausen, Flur 8, Flurstück 7/9, Lieg.-B. 127, Hof- und Gebäudefläche, Niederasper Straße 10, Größe 7,27 Ar,

soll am 8. Juni 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, zu Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, auf Antrag des Arbeiters Ludwig Bienhaus, Simtshausen, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 1. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fuhrmann Ludwig Bienhaus und Elisabeth Bienhaus, geb. Helmbrecht, Simtshausen, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 28. 2. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

978

K 6/66: Die im Grundbuch von Gensungen, Band 17, Blatt 633, in der Gemarkung Gensungen eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 334/105, Hof- und Gebäudefläche, Pfaffenweg, Haus Nr. 7, Größe 0,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 332/85, wie vorstehend, Größe 19,21 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 333/105, Hofraum, wie vorstehend, Größe 0,76 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 2, Flurstück 221/105, Hof- und Gebäudefläche, Pfaffenberg, Haus Nr. 7, Größe 0,31 Ar,

sollen am 12. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Melsungen, Kasseler Straße Nr. 29, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. April 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Metzgermeister Friedrich Bierwirth, in Gensungen (Krs. Melsungen), Am Pfaffenberg 7.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 23. 2. 1967

Amtsgericht

979

Beschluß

K 12/66: Die im Grundbuch von Borsdorf, Band 16, Blatt 856, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 301, Grünland, die Dorfwiesen, Größe 12,95 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Nr. 19, Ackerland, der Scheibeling, Größe 15,51 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 2, Nr. 79, Ackerland (Obstbaumstück), oberem Scheibeling, Größe 6,45 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Nr. 14, Ackerland (Obstbaumstück), in der Feldbach, Größe 8,31 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 5, Nr. 164, Grünland, auf dem Schießplan, Größe 34,68 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 6, Nr. 139, Ackerland, im Geiß-Niddaer Häuserloch, Größe 14,31 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 6, Nr. 139, 5/10, Ackerland, daselbst, Größe 14,30 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Nr. 103, 1/10, Grünland, die Tagweid, Größe 25,17 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 7, Nr. 116, Ackerland, am Söderköppel, Größe 28,76 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 9, Nr. 78, Ackerland, im Espus, Größe 27,65 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 3, Nr. 112, Ackerland, das Weidgäßchen, Größe 23,22 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 6, Nr. 48, Ackerland, vorm Rauschewald, Größe 21,77 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 6, Nr. 48, 5/10, Ackerland, daselbst, 21,76 Ar,

lfd. Nr. 17, Flur 8, Nr. 91/2, Ackerland, die Dreckäcker, Größe 27,42 Ar,

lfd. Nr. 18, Flur 1, Nr. 499/4, Ackerland, in den neun Morgen, Größe 4,07 Ar,

lfd. Nr. 19, Flur 1, Nr. 306, Grünland, die Dorfwiesen, Größe 17,64 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 1, Nr. 487, Ackerland, hinter dem Großweggärtchen, Größe 5,48 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 5, Nr. 54, Ackerland (Obstbaumstück), am Wingertsberg, Größe 7,05 Ar,

lfd. Nr. 22, Flur 5, Nr. 165, 1/10, Grünland, auf dem Schießplan, Größe 25,20 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 7, Nr. 107, Ackerland, am Söderköppel, Größe 27,13 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 9, Nr. 84, Ackerland, am Espus, Größe 31,82 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 2, Nr. 25, Ackerland, am Scheibeling, Größe 23,62 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 9, Nr. 85, Ackerland, am Espus, Größe 15,93 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 5, Nr. 36, Ackerland (Obstbaumstück), am Wingertsberg, Größe 9,20 Ar,

lfd. Nr. 28, Flur 5, Nr. 142, Ackerland, unterm Häuserweg, Größe 28,69 Ar,

lfd. Nr. 29, Flur 8, Nr. 106/1, Ackerland, an den Heegstücken, Größe 34,86 Ar,

lfd. Nr. 30, Flur 5, Nr. 166/1, Ackerland, am Raubachsweg, Größe 57,87 Ar,

lfd. Nr. 31, Flur 8, Nr. 90/2, Ackerland, die Dreckäcker, Größe 18,89 Ar,

lfd. Nr. 32, Flur 1, Nr. 261, Ackerland, am Friedhof, Größe 4,63 Ar,

lfd. Nr. 33, Flur 1, Nr. 413, Ackerland (Obstbaumstück), die Röhre, Größe 16,93 Ar,

lfd. Nr. 34, Flur 1, Nr. 470, Ackerland, am Hardweg, Größe 25,19 Ar,

lfd. Nr. 35, Flur 7, Nr. 36, Ackerland, an den Kohdener Tannen, Größe 17,72 Ar,

sollen am Donnerstag, den 11. Mai 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Nidda, Schloßgasse Nr. 23, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 3. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1a) Landwirt Heinrich Diehl, Borsdorf, b) dessen Ehefrau Waltraud Diehl, geb. Schmolke, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschuß des Landesgerichts Gießen vom 8. Dezember wie folgt festgesetzt:

lfd. Nr. 1	auf DM	1 872,72
lfd. Nr. 2	auf DM	3 002,71
lfd. Nr. 3	auf DM	1 063,52
lfd. Nr. 4	auf DM	1 179,12
lfd. Nr. 5	auf DM	5 612,38
lfd. Nr. 6	auf	} DM 5 621,05
lfd. Nr. 7	auf	
lfd. Nr. 8	auf DM	3 855,26
lfd. Nr. 9	auf DM	4 667,35
lfd. Nr. 10	auf DM	4 713,59
lfd. Nr. 11	auf DM	4 294,54
lfd. Nr. 12	auf DM	4 404,36
lfd. Nr. 13	auf DM	4 401,47
lfd. Nr. 17	auf DM	4 991,03
lfd. Nr. 18	auf DM	788,97
lfd. Nr. 19	auf DM	2 395,81
lfd. Nr. 20	auf DM	1 072,19
lfd. Nr. 21	auf DM	1 283,16
lfd. Nr. 22	auf DM	4 077,79

lfd. Nr. 23 auf DM 3 511,35
 lfd. Nr. 24 auf DM 5 424,53
 lfd. Nr. 25 auf DM 4 574,87
 lfd. Nr. 26 auf DM 2 716,60
 lfd. Nr. 27 auf DM 1 681,98
 lfd. Nr. 28 auf DM 5 722,20
 lfd. Nr. 29 auf DM 5 944,73
 lfd. Nr. 30 auf DM 11 539,77
 lfd. Nr. 31 auf DM 3 439,10
 lfd. Nr. 32 auf DM 910,30
 lfd. Nr. 33 auf DM 2 494,07
 lfd. Nr. 34 auf DM 4 586,43
 lfd. Nr. 35 auf DM 2 866,88

Auf der Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 30. 1. 1967 **Amtsgericht**

980

3 K 19/64: Die im Grundbuch von Blessenbach, Band 14, Blatt 414 A, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Blessenbach, Flur 12, Flurstück 29, Grünland, Kleinweibach, Größe 42,04 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Blessenbach, Flur 12, Flurstück 27/2, Grünland, Kleinweibach, Größe 31,63 Ar,

sollen am 9. Mai 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Runkel durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Sept. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Vermessungstechnikers Karl Schubert, Ruth Schubert, geb. Sebastian, in Birlenbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:

lfd. Nr. 1 auf 840,— DM;

lfd. Nr. 2 auf 632,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6251 Runkel (Lahn), 22. 2. 1967

Amtsgericht

981

K 3/66: Das im Grundbuch von Unter-Schönmatteiwag, Band 7, Blatt 388, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Unter-Schönmatteiwag, Flur 1, Flurstück 497/1, Lieg.-B. 289, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 79, Größe 14,09 Ar,

soll am 10. 5. 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wald-Michelbach durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Zimmermeister Peter Attig und dessen Ehefrau Elisabeth Luise Anna Attig, geb. Hartmann, beide in Ober-Schönmatteiwag wohnhaft, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 75 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6948 Wald-Michelbach, 7. 3. 1967

Amtsgericht

982

3 K 7/65: Das im Grundbuch von Wetzlar, Band 75, Blatt 3058, eingetragene Grundstück,

Nr. 1 Gemarkung Wetzlar, Flur 3, Flurstück 104, Hof- und Gebäudefläche, Moritz-Budgestraße, Größe 3,36 Ar,

soll am 10. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Wilhelm Jung und Margarete, geb. Kornder, in Wetzlar zu je 1/2.

Beschluß

Der Wert der Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 110 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 27. 2. 1967 **Amtsgericht**

983

3 K 57/65: Die im Grundbuch von Kleinaltenstädten, Band 24, Blatt 899, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Kleinaltenstädten, Flur 3, Flurstück 1331/436, Grünland, in den Weingärten, Größe 7,84 Ar, Wert: 1177,— DM,

Nr. 2, Gemarkung Kleinaltenstädten, Flur 5, Flurstück 457/100, Ackerland, am Rosenberg, Größe 9,10 Ar, Wert: 273,— DM,

Nr. 3, Gemarkung Kleinaltenstädten, Flur 2, Flurstück 210/12, Ackerland, auf der Hurth, Größe 4,25 Ar, Wert: 170,— DM,

sollen am 17. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 3. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Organisationsleiter Bernhard Kreuter in Aßlar, Falltorstraße 9.

Beschluß

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf die vorstehend genannten Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 28. 2. 1967 **Amtsgericht**

984

Beschluß

61 K 7/66: Das im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Außen, Band 143, Blatt 2726, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung W.-Außen, Flur 149, Flurstück 59, Lieg.-B. 459, Hof- und Gebäudefläche, Sonnenberger Straße 74, Größe 15,60 Ar,

soll am 8. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 3. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Staatsanwaltschaftsrat i. R. Walter Kehr in Wiesbaden, zur Hälfte, 2. a) Staatsanwaltschaftsrat i. R. Walter Kehr in Wiesbaden, b) Fritz Kehr in Wiesbaden, c) Lisa Charlotte Gruschka, geb. Kehr, in Bielefeld, in ungeteilter Erbengemeinschaft, zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 27. 2. 1967 **Amtsgericht**

985

Beschluß

61 K 2/67: Das im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Biebrich, Band 244, Blatt 5376, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biebrich, Flur 14, Flurstück 524/225, Lieg.-B. 1843, Hof- und Gebäudefläche, Vereinstraße 1, Größe 2,22 Ar,

soll am 19. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 2. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Helene Henriette Auguste Recke, geb. Bekker, verw. Stubig, 65 Mainz, Flachsmarktstraße 31, bei Steinmetz, 2. Kurt Becker, 62 Wiesbaden Vereinstraße 1, 3. Karl Friedrich Kautzmann, 75 Karlsruhe-Durlach, Am Zwinger 17, 4. Ingrid Doris Ramdohr, geb. Weiler, 7501 Leopoldshafen über Karlsruhe, Max-Planck-Straße 12, 5. Kurt Werner Weiler, 7504 Weingarten, Lindenweg 14, 6. Emilie Becker, geb. Jäger, 62 Wiesbaden, Vereinstraße 1.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 1. 3. 1967 **Amtsgericht**

986

Beschluß

61 K 50/66: Das im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Sonnenberg, Band 63, Blatt 1716, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Sonnenberg, Flur 17, Flurstück 391/3, Lieg.-B. 995, Hof- und Gebäudefläche, Höhenstraße 30, Größe 9,53 Ar,

soll am 12. Mai 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. Nr. 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 11. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Hans Eckard Prechel, b) dessen Ehefrau Waltraut Prechel, geb. Jagusch, beide in Wiesbaden-Sonnenberg, Höhenstraße 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 28. 2. 1967 **Amtsgericht**

987

Beschluß

61 K 52/66: Die im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Dotzheim, Band 122, Blatt 3062, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dotzheim, Flur 54, Flurstück 104/8249, Lieg.-B. 3196, Hof- und Gebäudefläche, Siedlung, Talheim 7, Größe 3,80 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dotzheim, Flur 54, Flurstück 139/8258, Gartenland, Siedlung, Talheim, Größe 2,15 Ar,

sollen am 5. Juni 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wiesbaden, Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 12. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Edgar Klauer in Wiesbaden-Dotzheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 28. 2. 1967 **Amtsgericht**

Öffentliche Ausschreibungen

988

Hanau: Die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3008 bei Killanstädten Krs. Hanau sollen vergeben werden.

Im wesentlichen umfassen die Leistungen:

- ca. 29 000 cbm Bodenabtrag, davon ca. 20 000 cbm leichter Fels,
- ca. 2 500 cbm Frostschuttschicht (Kies- mit Splittabdeckung),
- ca. 2 000 t Bindemittelmineralgemisch 0/45 mm
- ca. 6 800 qm Asphaltbinder 0/18 mm
- ca. 6 800 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm
- ca. 500 lfd. m Hochbordanlage mit 3-reihiger Betonpflasterterrinne und Verschiedenes.

Bauzeit: 120 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau — Postscheckkonto Ffm. 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Abholtermin ist der 22. März 1967.

Eröffnungstermin am Dienstag, den 11. April 1967, um 10.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau/Main, Hainstraße 32.

Die Angebote sind mit der Aufschrift: „Ausbau der L. 3008 bei Killanstädten“ zu versehen. Zuschlags- und Bindefrist: 28 Werktage.

645 Hanau, 10. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

989

Dillenburg: Für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Hörnsheim (Kreis Wetzlar), km 0,000 — km 0,130 im Zuge der Kreisstraße 981

sollen u. a. vergeben werden:

- 650 cbm Erdarbeiten
- 160 cbm Frostschuttschicht
- 300 t Schotterunterbau 35/55
- 840 qm Asphaltbinder 0/25
- 900 qm Asphaltfeinbeton 0/8
- 260 m Betonbordsteine
- 260 m Betonhalbrinne
- 600 qm Gehwegbefestigung.

Bauzeit: 30 Werktage.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 28. März 1967, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 15. 5. 1967.

634 Dillenburg, 6. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

990

Wiesbaden: Die Unterhaltungsarbeiten auf Landesstraßen im Bereich der Straßenmeistereien Rüdesheim und Wiesbaden sollen in zwei Losen vergeben werden.

Auszuführen sind Lieferung und Einbau von:

- 75 t Kaltasphalt U 60
- 30 t Straßenteer BT 35
- 900 t Basaltdelsplitt 2/5 und 5/8 mm
- 190 t Basaltschotter 25/55 mm
- 175 t geteerten bzw. bituminierten Basaltdelsplitt 5/8 und 3/12 mm Korn
- 235 t Bitumenkies 0/35 mm
- 190 t Asphaltfeinbeton 0/8 mm.

Bauzeit bis 30. 6. 1967.

Die Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 4,30 DM je Los ab 16. 3. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6830 zu Gunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Flickarbeiten auf Landesstraßen, SM Rüdesheim und Wiesbaden“ einzuzahlen, (Abgabe der Unterlagen gegen Einzahlungsquittung)

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 31. 3. 1967, um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 15 Werktage.

62 Wiesbaden, 9. 3. 1967

Hessisches Straßenbauamt

Andere Behörden und Körperschaften

991

Zweckverband „Wasserversorgung Dieberggruppe“;

hier: Änderung der Zweckverbandssatzung

Beschluß

Der Verbandsausschuß des Zweckverbandes „Wasserversorgung Dieberggruppe“ hat in seiner Sitzung vom 13. 1. 1967 als das nach § 6 der Verbandssatzung zuständige Beschlüssorgan folgende Satzungsänderungen beschlossen:

1. In § 11 und in § 19 Abs. 2 werden die Worte „Wasserwirtschaftsamt Gießen“ bzw. „Wasserwirtschaftsamt Gießen“ ersetzt durch die Worte „zuständige Wasserwirtschaftsamt“ bzw. „zuständige Wasserwirtschaftsamt“.
- 2 § 16 erhält folgende Fassung: „Für die Verwaltung des Vermögens, das Haushalt-, Kassen- und Rechnungswesen gelten die Vorschriften des 6. Teils der Hessischen Gemeindeordnung, die Gemeindehaushaltsverordnung, die Rücklagenverordnung für die Gemeinden und die Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden sinngemäß“.
3. In § 17 werden die Worte „1. April des einen Jahres“ ersetzt durch „1. Januar“ und die Worte „31. März des nächsten Jahres“ ersetzt durch die Worte „31. Dezember“.

Auf Grund des § 11 in Verbindung mit § 7 und § 21 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) wird hiermit diese Änderung der Satzung des Zweckverbandes „Wasserversorgung Dieberggruppe“ festgesetzt.

Darmstadt, 28. 2. 1967

Der Regierungspräsident
I/2a — 3 u 02/01 — 25
in Vertretung
gez. Dr. Wierscher

992

I. Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

- 1) Brigitte und Franziska Nau, Schröck 18, das Sparkassenbuch Nr. 50 173 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), ausgestellt auf Brigitte und Franziska Nau, Schröck 18
- 2) Brigitte Nau, Schröck 18, das Sparkassenbuch Nr. 53 595 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), lautend auf Brigitte Nau, Schröck 18
- 3) Heinrich Feisel, Oberasphe (Krs. Frankenberg), das Sparkassenbuch Nr. 71 685 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), lautend auf Heinrich Feisel, Cölbe, Vogelhecke 11
- 4) Adolf Schütze, Kirchhain, Untergasse 16, das Sparkassenbuch Nr. 23 289 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), Hauptzweigstelle Kirchhain, lautend auf Adolf Schütze und Frau Ida geb. Krause, Kirchhain, Untergasse 16
- 5) Max Schütze, Kirchhain, Riedeboden 5, die Sparkassenbücher der Kreissparkasse Marburg (Lahn), Hauptzweigstelle Kirchhain: Nr. 27 599 lautend auf Max Schütze, Kirchhain, Riedeboden 5, Nr. 27 779 lautend auf Erhardt Schütze, Kirchhain, Riedeboden 5, Nr. 27 780 lautend auf Christa Schütze, Kirchhain, Riedeboden 5, Nr. 27 783 lautend auf Brigitte Schütze, Kirchhain, Riedeboden 5
- 6) Erhard Schütze, Kirchhain, Amöneburger Tor 10, die Sparkassenbücher der Kreissparkasse Marburg (Lahn), Hauptzweigstelle Kirchhain: Nr. 27 781 lautend auf Horst Schütze, Kirchhain, Amöneburger-Tor 10, Nr. 27 782 lautend auf Jürgen Schütze, Kirchhain, Amöneburger-Tor 10, Nr. 27 784 lautend auf Elke Schütze, Kirchhain, Amöneburger-Tor 10.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

355 Marburg (Lahn), 1. 3. 1967

KREISSPARKASSE MARBURG (LAHN)
Der Vorstand

993

Aufforderung: Frau Margarete Salzmann, 352 Hofgeismar, Damenheim der Ev. Altenhilfe, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 1854, lautend auf ihren Namen, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

3522 Karlshafen, 8. 3. 1967

STADTSPARKASSE KARLSHAFEN
Der Vorstand

994

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 10. März 1967 sind die Sparkassenbücher Nr. 121-62995, Nr. 121-63262 Erika Radtke geb. Brandt, 6078 Neu-Isenburg, Schopenhauerstr. 34, Nr. 121-14718 Ernst Radtke, 6078 Neu-Isenburg, Schopenhauerstr. 34, Nr. 111-42422 Günter Ziegler und Ehefrau Renate geb. Rausch, 6070 Langen, Steubenstr. 26, Nr. 161-38435 Beate Bachmann, 6000 Frankfurt, Buchenwaldstr. 30 für kraftlos erklärt worden.

607 Langen, 10. 3. 1967

BEZIRKSSPARKASSE LANGEN
Der Vorstand

995

Aufforderung: Anni Marschner, Marburg (Lahn), hat die Kraftloserklärung des auf den Namen Dr. Ernst Marschner, Korbach, ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 19 594 der Hauptstelle Korbach, Hubert Wurscher, Wellen, des auf seinen Namen ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 6991 der Hauptzweigstelle Bad Wildungen beantragt.

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom heutigen Tage sind die Sparkassenbücher der Hauptstelle Korbach Nr. 40 158 Wilhelm-Georg Schluckebier, Adorf, der Hauptzweigstelle Arolsen Nr. 4876 August Gödicke, Trendelburg, Nr. 24 390 Alfred Banert, Helsen, gemäß § 14 Abs. 2 Ziff. 4 des Hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 für kraftlos erklärt worden.

340 Korbach, 7. 3. 1967

KREISSPARKASSE WALDECK IN KORBACH
Der Vorstand

996

II. Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 1. März 1967 sind nachstehende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1) Sparkassenbuch Nr. 55 992 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), lautend auf Günther Braun, Cappel, Im Lichtenholz 29

2) Sparkassenbuch Nr. 575 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), Hauptzweigstelle Ebsdorf, lautend auf Wwe. Katharina Gombert geb. Bingle, Leidenhofen 18

3) Sparkassenbuch Nr. 67 342 der Kreissparkasse Marburg (Lahn), lautend auf Jost Barth, Nanzhausen 4.

353 Marburg (Lahn), 1. 3. 1967

KREISSPARKASSE MARBURG (LAHN)
Der Vorstand

997

Kraftloserklärung: Der Sparkassenvorstand hat die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

1. Sparkassenbuch Nr. 100 14811 — Maria Kaiser, Kassel,
2. Sparkassenbuch Nr. 110 00588 — Rosel Menne, Kassel,
3. Sparkassenbuch Nr. 111 00604 — Paula Kesting, Sandershausen,
4. Sparkassenbuch Nr. 115 00326 — Lisbeth Römer, Baunatal I.

35 Kassel, 1. 3. 1967

KREISSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

998

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 1. März 1967 sind die Sparkassenbücher

Nr. 171-60077 Lothar Machner und Frau Erika, 6079 Buchschlag, Buchweg 9

Nr. 123-19220 Robert Sahlfeld und Frau Gertrud geb. Grundmann, 6078 Neu-Isenburg, Frankfurter Straße 203

Nr. 131-35651 Erich Bärenz und Frau Ria geb. Hofmann, 6079 Sprendlingen, Hauptstraße 38 für kraftlos erklärt worden.

607 Langen, 1. 3. 1967

BEZIRKSSPARKASSE LANGEN
Der Vorstand

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staats-Anzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt.

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

999

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Sparkassenbuch Nr. 100 18133 — Eheleute Gerhard Koch, Kassel, Rembrandtstr. 18,
2. Sparkassenbuch Nr. 100 21046 — Karlfried Triebel, Wilhelmshausen,
3. Sparkassenbuch Nr. 100 29458 — Gerhard Müller, Schlitz, Siebertshof 6,
4. Sparkassenbuch Nr. 100 78152 — Paula Engler, Kassel,
5. Sparkassenbuch Nr. 103 11783 — Anna Hübenthal, Kassel-Ha.

Der oder die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 1. 3. 1967

KREISSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

**Berater und Lieferer
bei staatlichen und kommunalen
Baumaßnahmen**

Günter Rode

DIPL.-GARTENBAUINSPEKTOR
Gartenbauunternehmen



6101 Braunshardt b. Darmstadt · Am Stein 4—6
Fernsprecher 0 61 50 - 8 20
65 Mainz · Wallaustr. 43 · Fernsprecher 2 89 55

DIPL.-ING. SCHEUERMANN u. MARTIN

Beratende Ingenieure VBI
Tiefbautechnisches Büro

KANALISATION
KLARANLAGEN
WASSERVERSORGUNG
STRASSENBAU

WIESBADEN

Adolfstraße 14 · Tel.-Sa.-Nr. 37 20 85, 37 20 86

BERATUNG
ENTWURF
BAULEITUNG

BERATUNG · PLANUNG · BAULEITUNG

**Wasserversorgung, Kanalisation,
Rohrnetzüberprüfung**

DIPL.-ING. LOTHAR LANG

WIESBADEN, LAHNSTRASSE 108 · FERNRUUF 41839



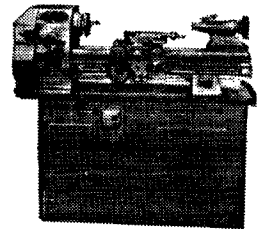
Wenn die Mittel knapp

tut es vielleicht auch eine kleinere

Drehbank

mit Leit- und Zugspindel
130 x 610 mm (130 x 1000)
ab DM 3600,—

Ausführliches Angebot
sendet unverbindlich



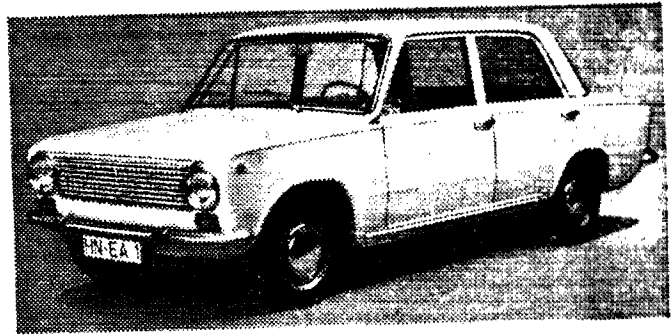
Acker & Stichel · 645 Hanau/M. · Postfach 105
Telefon (0 61 81) 2 00 01 u. 2 28 63. Fernschreiber 04 184810.

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags, Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 7,20. Herausgeber der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326, Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden Nr. 69 655. Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Giro-Konto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber: 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,50 und DM —,30 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,35, bis 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40 über 48 Seiten DM 2,60 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 vom 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 24 Seiten.

FIAT 124



“Auto des Jahres“

Eine internationale Jury von 50 Motorjournalisten aus 12 Ländern hat dem FIAT 124 auf Grund seiner technischen Gesamtkonzeption, seines Aussehens und seines Preises, diese begehrte Auszeichnung verliehen.



FIAT - ein guter Name

FIAT-WERKSHÄNDLER IN HESSEN

643 Bad Hersfeld, Homberger Str. 16—20 Autohaus Willi Wetterau Tel. 29 69	6141 Gadernheim (Odenwald), Nibelungenstraße 156, Tel. 2 88 FIAT-Autohaus Ernst Reimund	637 Oberursel (Taunus), Homburger Landstraße 63 Autohaus Taunus, Inh. Joachim Komusin Tel. 24 97
638 Bad Homburg v. d. H., Saalburgstr. 55 Autohaus Helmut Schenk Tel. 2 21 43	3523 Grebenstein, Krs. Hofgeismar, Hofgeismaer Straße 19, Tel. 3 77 Georg Lund, FIAT-Werkshändler	FIAT IN OFFENBACH EMIL MUELLER KRAFTFAHRZEUGE Sprendlinger Landstraße 234 Tel. 88 35 21 / 88 72 20
6 Frankfurt/M.-Niederrad, Königsbacher Straße 35, Ausstellungsraum Baseler Straße, Nähe Hauptbahnhof W. W. Häusser, Tel. 67 49 51	FIAT IN HANAU Am Westbahnhof, Tel. Sa.-Nr. 2 30 76 Ausstellungsraum Langstraße 40 Germann Herrmann	633 Wetzlar, Leitzstraße 39—41 August Frech, Kraftfahrzeuge Tel. 26 71
6 Frankfurt (Main), Theodor-Heuss-Allee 33 Josef Heuler KG Tel. Sa.-Nr. 23 90 26	3569 Holzhausen/Hünstein Krs. Biedenkopf Autohaus Wilhelm Schmidt KG Tel. 0 64 68 / 1 36	Bentele & Sohn 62 Wiesbaden-Schierstein Rheingaustraße 28, Tel. 6 66 14 / 6 46 04
6 Frankfurt/M.-Sachsenhausen, Mörfelder Landstraße 10, Tel. 61 24 56 Karl Schul	35 Kassel, Königstor 43 Verkaufsraum Wilhelmshöher Allee 247 Autohaus Otto Cöster oHG Tel. 1 26 75	FIAT Autohaus GABRIEL, Wiesbaden Schiersteiner Straße 80, Tel. 4 70 14
6230 Frankfurt/M.-Zeilsheim, Hofheimer Straße 5/7, Tel. 31 36 32 Fahrzeughaus Theobald	 Autohaus 35 Kassel, Leipziger Straße 129 Tel. Sa.-Nr. 5 40 01	FIAT-Werkshändler Rudolf Marshall KG 62 Wiesbaden, Friedrichstraße 8 Tel. 57 44 64
 FIAT-Werkvertretung 636 Friedberg H., Am Bahnhof Tel. Sa.-Nr. 34 31	625 Limburg (Lahn), Auto-Zubringer Nord Martin Klein & Co., Inh. Willi Gresser Tel. 67 38	62 Wiesbaden-Dotzheim, Rheintalstr. 10 Autohaus Schütz, Inh. August Schütz Tel. 42 93 84
6451 Froschhausen ü. Hanau, Offenbacher Landstraße 40 Gebr. Sticksel OHG Tel. Amt Seligenstadt 5 65	Auto-Kaletsch, Tel. 0 64 21 / 22 03 FIAT-Dienst und Werkshändler 355 Marburg/Lahn, Stephan-Niderehe Stadtkrs. Marburg und Frankenberg	FIAT IN WITZENHAUSEN Am Eschbornrosen 9, Tel. 3 89 August Leunig jr. Kraftfahrzeuge
FIAT IN FULDA Auto-Dienst Günther & Vogel KG Fulda, Rangstraße 35, Tel. 20 66	6232 Neuenhain (Taunus) Königsteiner Str. 26a, Tel. 0 61 96 / 36 34 FIAT-Werkshändler Lanz KG	Darüber hinaus stehen Ihnen weitere 99 FIAT-Vertretungen in Hessen zur Verfügung.

DEUTSCHE FIAT - AKTIENGESSELLSCHAFT

Zweigniederlassung Frankfurt (Main)-Griesheim, Mainzer Landstraße 581 - Telefon Sa.-Nr. 38 36 41